

04.012

**Bericht
über die Legislaturplanung 2003–2007**

vom 25. Februar 2004

Beilage 2
Legislaturfinanzplan 2005–2007

Inhaltsverzeichnis

1 Ausgangslage	3
1.1 Einführung	3
1.2 Ergebnisse	4
1.3 Mögliche Mehrausgaben	5
1.4 Mögliche Einnahmenveränderungen	6
1.5 Schuldenbremse	8
2 Entlastungsprogramm 2004	9
3 Zur Ausgabenentwicklung	11
3.1 Wohlstand nachhaltig sichern und vermehren	12
3.1.1 Bildung und Grundlagenforschung	12
3.1.2 Landwirtschaft und Ernährung	13
3.1.3 Übrige Volkswirtschaft	14
3.1.4 Verkehr	14
3.1.5 Umwelt und Raumordnung	14
3.1.6 Finanzen und Steuern	15
3.1.7 Allgemeine Verwaltung	15
3.1.8 Kultur und Freizeit	15
3.2 Demographische Herausforderungen bewältigen	16
3.2.1 Soziale Wohlfahrt	16
3.2.2 Gesundheit	18
3.3 Stellung der Schweiz in der Welt festigen	18
3.3.1 Beziehungen zum Ausland	18
3.3.2 Landesverteidigung	18
3.3.3 Justiz und Polizei	19
4 Zur Einnahmenentwicklung	19
4.1 Fiskaleinnahmen	20
4.2 Nichtfiskalische Einnahmen	22
5 Zusammenfassung	22
A 1 Legislaturfinanzplan 2005–2007 (tabellarisch)	26
A 2 Vergleich des Legislaturfinanzplans mit dem alten Finanzplan	39
A 3 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	43

1 Ausgangslage

1.1 Einführung

Im Zentrum des *Legislativplans* stehen die Richtliniengeschäfte, welche bestimmten Zielen zugeordnet sind. Die Fortführung und Umsetzung einer in einer früheren Legislaturperiode definierten Politik findet dagegen weniger Beachtung. Der *Legislativfinanzplan* hingegen wird durch die Auswirkungen der in früheren Legislaturperioden eingeleiteten Politik dominiert. Die Richtliniengeschäfte schlagen sich im Vergleich zu dieser Grundlast nur beschränkt im Legislativfinanzplan nieder, da die finanziellen Auswirkungen entweder bescheiden sind oder sich erst in der nächsten Legislaturperiode auswirken. Der im Hinblick auf eine integrierte Gesamtplanung an und für sich erwünschten zeitlichen und sachlichen Verknüpfung von Legislativplan und Legislativfinanzplan erwachsen deshalb systembedingt Grenzen.

Der *Legislativfinanzplan* hat die Aufgabe, aufgrund der bestehenden Lasten und der Prioritäten der neuen Richtlinien den künftigen Finanzbedarf festzulegen und aufzuzeigen, wie er zu decken ist. Der vorliegende Legislativfinanzplan bestätigt durchwegs den bisher bekannten Handlungsbedarf und mit den Grundzügen zu einem weiteren Entlastungsprogramm weist der Bundesrat – obwohl im Zahlenwerk nicht eingebaut – den Weg zu einer nachhaltigen Sanierung des Bundeshaushalts im Sinne der Schuldenbremse auf.

Die *finanzpolitische Ausgangslage* präsentiert sich wie folgt. Nach einer mehrjährigen Defizitperiode in den 90er-Jahren hat sich zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode 1999–2003 die Lage der Bundesfinanzen deutlich verbessert. Mit dem positiven Abschluss im Jahre 2000 nahmen jedoch die Begehrlichkeiten nach Mehrausgaben wiederum zu, und mit dem strukturellen Einnahmeneinbruch im Jahre 2002 hat sich die finanzielle Lage zusätzlich verschlechtert. Die Rechnungsabschlüsse 2002 und 2003 zeigen mit aller Deutlichkeit, dass zwischen dem heutigen Ausgabenniveau des Bundes und seinen nachhaltig gesicherten Einnahmen eine grosse *strukturelle Finanzierungslücke* besteht. In der Folge hat das Parlament das Entlastungsprogramm 2003 (EP 03) beschlossen, das Verbesserungen im Umfang von rund drei Milliarden vorsieht. Das EP 03 ist aber selbst unter der Berücksichtigung des Abbaupfades, der bis ins Jahr 2006 eine Erhöhung der Ausgabenplafonds zulässt, nicht hinreichend, um den Bundeshaushalt im Sinne der Schuldenbremse nachhaltig zu konsolidieren.

Wichtige Grundlagen für die Einnahmenschätzungen und die Berechnung der Ausgabenplafonds gemäss Schuldenbremse bilden die *volkswirtschaftlichen Eckwerte*. Der Legislativfinanzplan geht von einer Konjunkturerholung und verbesserten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Teuerungsaussichten bleiben weiterhin moderat. Die Zinssätze werden mittelfristig ansteigen, bei den Langfristzinsen ist aber der erwartete Anstieg angesichts des geringen Inflationsdrucks verhältnismässig klein.

Übersicht über die volkswirtschaftlichen Eckwerte

	Voranschlag		Legislaturfinanzplan	
	2004	2005	2006	2007
BIP-Wachstum real (%)	1,0	1,8	1,8	1,8
Jahreststeuerung (%)	0,7	1,0	1,5	1,5
Zinssätze				
– kurzfristig	1,50	1,75	2,75	2,75
– langfristig	3,00	3,50	3,50	3,50
Wechselkurse				
– Dollar	1,35	1,30	1,30	1,30
– Euro	1,50	1,55	1,55	1,55

1.2 Ergebnisse

Der *Legislaturfinanzplan 2005–2007* ist das Ergebnis der Legislaturplanung 2003–2007 und der durch das Parlament in den letzten Jahren gefällten Sachentscheide und Prioritäten. Dem *Legislaturfinanzplan* liegen die Wachstumsprognosen vom letzten Herbst sowie ein negativer Fiskalimpuls zugrunde. Dieser ist nötig, um die Sanierung des Bundeshaushalts im Sinne der Schuldenbremse herbeizuführen, und vor dem Hintergrund des unterstellten Konjunkturszenarios gerechtfertigt. Die vom *seco* am 6. Februar 2004 publizierten Prognosen mit einem höheren Wachstum für 2004 und 2005 konnten im Zahlenwerk nicht mehr eingebaut werden; sie bilden die Grundlage für die nächste Planungsrunde 2005–2008.

Die Ausgaben, die im Wesentlichen die Fortsetzung der durch die Gesetze vorgezeichneten Sachpolitik beinhalten, nehmen in der Periode 2003–2007 durchschnittlich um 2,8 Prozent – ohne die IV-Mehrwertsteuererhöhung um 1,8 Prozent – pro Jahr zu. Gemäss den vorliegenden Schätzungen wachsen die Einnahmen über den gleichen Zeitraum um durchschnittlich 2,1 Prozent. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Einnamenschätzungen in dem vom eidgenössischen Parlament verabschiedeten Voranschlag 2003 dem strukturellen Einnahmeneinbruch noch nicht Rechnung trugen. Unter Einbezug der aktuellen Zahlen für 2003 und unter Ausklammerung von Sonderfaktoren (bspw. Steuererhöhungen) beträgt der Anstieg 3,4 Prozent, was einer BIP-Elastizität der Einnahmen von 1,2 entspricht.

Übersicht über den Legislaturfinanzplan 2005–2007

	Voranschlag		Legislaturfinanzplan		Δ0%
	2004*	2005	2006	2007	
Ausgaben (in Mio)	51 410	54 442	55 557	57 078	2.8
Δ Vorjahr (in %)	0.6	5.9	2.0	2.7	
Einnahmen (in Mio)	47 944	51 562	53 126	55 316	2.1
Δ Vorjahr (in %)	-5.7	7.5	3.0	4.1	
Ergebnis	-3 465	-2 880	-2 431	-1 762	

* ohne ausserordentliche Ausgaben von 1 128 Mio, inkl. Kreditsperre von 230 Mio

1.3 Mögliche Mehrausgaben

In den Finanzplänen sind jeweils nur Vorhaben berücksichtigt, die auf einer vom Bundesrat verabschiedeten Botschaft oder zumindest einer klaren Willensäußerung der Regierung beruhen. Geschäfte, deren Vorbereitungsstand weniger weit fortgeschritten ist oder wo beispielsweise zum Termin des Inkrafttretens noch Unklarheiten bestehen, werden hingegen nicht abgebildet, auch wenn sie für den Bundeshaushalt mit erheblichen Konsequenzen verbunden sein könnten. Die finanziell gewichtigsten werden nachfolgend kurz skizziert:

Grundsätzlich nicht berücksichtigt sind allfällige finanzielle Auswirkungen der *bilateralen Verhandlungen II Schweiz – EU*. Neben den zu erwartenden Mindereinnahmen (siehe Ziffer 1.4) stehen auch Mehrausgaben an, so vor allem im Bereich der Statistik. Inwieweit diese dank der Zusammenarbeit im Asylbereich im Rahmen des Dublin-Systems durch Minderausgaben kompensiert werden können, lässt sich heute nicht abschliessend beurteilen.

Ebenfalls ungewiss sind die finanziellen Konsequenzen der beabsichtigten Neuaufgabe des *Krankenversicherungsgesetzes*. Festzuhalten ist aber, dass die im Parlament im vergangenen Dezember gescheiterte Vorlage für Bund und Kantone zusammen zu jährlichen Ausgabensteigerungen von gegen zehn Prozent geführt hätte. Grund dafür war die vorgesehene Verbindung des Sozialziels mit der Koppelung der Prämienverbilligungsbeiträge an die Entwicklung der Gesundheitskosten.

Unmittelbar spürbare Mehrbelastungen würden für den Bund sodann entstehen, wenn die *11. AHV-Revision* in der Volksabstimmung scheitern würde. Es bliebe in diesem Fall bei Rentenanpassungen im Zwei-Jahres-Rhythmus. 2005 und 2007 würden daraus für den Bundeshaushalt Mehrbelastungen von je 150 Millionen resultieren. Diese würden durch die Minderbelastung von 110 Millionen im Jahr 2006 nur partiell ausgeglichen.

Zu berücksichtigen ist auch eine von der nationalrätlichen Sozialkommission ausgearbeitete Vorlage für *Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien*. Ein entsprechender Bericht soll demnächst in Vernehmlassung gehen. Er rechnet mit Mehrkosten für den Bund von bis zu 500 Millionen.

Im Zahlenwerk nicht enthalten ist im weiteren eine allfällige Verlängerung des *SWISSCOY-Einsatzes* ab 2006. Sollte sich der Bundesrat für eine Fortsetzung dieses Engagements aussprechen, ist mit maximalen Mehrausgaben von jährlich 30 Millionen zu rechnen.

Ungewiss sind auch die vom Bund abzugeltenden Folgekosten der für 2007 vorgesehenen Inbetriebnahme des *Lötschberg-Basistunnels*. Die Abklärungen dazu sind noch im Gang. Aus heutiger Sicht ist mit zusätzlichen Ausgaben von um die 100 Millionen zu rechnen.

Schliesslich sind im Zahlenwerk die Auswirkungen der *Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA)* nicht abgebildet. Grundsätzlich soll dieser Systemwechsel für Bund und Kantone haushaltneutral abgewickelt werden. Dies trifft jedoch nicht zu für den befristeten Härteausgleich. Dieser wird den Bundeshaushalt ab Inkrafttreten der NFA mit schätzungsweise rund 280 Millionen belasten.

Mögliche Mehrausgaben

Vorhaben	Legislaturfinanzplan		
	2005	2006	2007
Millionen Franken			
Bilaterale Verhandlungen II	n.q.	n.q.	n.q.
Krankenversicherungsgesetz (Ersatzvorlagen für die 2. KVG-Revision) KVG-Revision)	n.q.	n.q.	n.q.
11. AHV-Revision	+150	-110	+150
Ergänzungsleistungen Familien			+500
Swisscoy-Einsatz		+30	+30
Inbetriebnahme Lötschbergbasistunnel			+100
NFA, Härteausgleich			+280

1.4 Mögliche Einnahmenveränderungen

Die Regelung der zolltarifarischen Massnahmen für Erzeugnisse aus Landwirtschaftsprodukten wird gegenwärtig im Rahmen der *zweiten Verhandlungsrunde mit der EU* einer erneuten Prüfung unterzogen. Das Zusatzabkommen Nummer 2 zum Freihandelsabkommen von 1972 ist überholt und sein Vollzug wirft Schwierigkeiten auf. Die Verbesserung des Preisausgleichsmechanismus an der Grenze wird im Bereich der *Einfuhrzölle* Mindererträge nach sich ziehen. Das neue Abkommen könnte frühestens Mitte 2004 in Kraft treten. Die Einnahmehinbusse könnten im Jahr 2004 rund 50 Millionen betragen und sich ab 2005 auf 100 Millionen belaufen.

Das CO₂-Gesetz erlaubt die Einführung einer *CO₂-Abgabe* bereits ab 2004. Sie darf aber nur dann eingeführt werden, wenn sich abzeichnet, dass die angepeilte Reduktion des Schadstoffausstosses bis 2010 nicht zu erfüllen ist. Die Einnahmen aus einer CO₂-Abgabe müssten der Bevölkerung und der Wirtschaft vollumfänglich zurücker-

stattet werden. Mit der Einführung einer solchen Abgabe wäre – je nachdem wie sie umgesetzt wird – vor allem mit einer Verringerung des Mineralölsteuerertrags zu rechnen. Der Minderertrag dürfte rund 200 Millionen pro Jahr betragen, wenn die Abgabe auf zehn Rappen pro Liter Treibstoff festgelegt wird.

Das *Anlagefondsgesetz* wird gegenwärtig einer erneuten Prüfung unterzogen. Im Zuge der erwogenen Revision könnten die kollektiven Kapitalanlagen liberalisiert werden. In diesem Zusammenhang werden Steuererbegünstigungen ins Auge gefasst, um die Attraktivität des schweizerischen Finanzplatzes zu erhöhen. Die Auswirkungen einer allfälligen Revision auf die Bundesfinanzen sind derzeit noch nicht vollständig quantifizierbar. Für die Unternehmensbesteuerung zum Beispiel stehen mehrere Varianten zur Diskussion. Die Steuerbegünstigungen könnten sich je nach Modalitäten mehr oder weniger stark auf die Stempelabgabe und die direkten Steuern auswirken. Die Attraktivitätssteigerung des Vermögensverwaltungs- und Fondsstandortes Schweiz dürfte aber auch zusätzliche Steuererträge auslösen.

Verschiedene Vorhaben können bei der *direkten Bundessteuer* zu Minder- oder auch Mehreinnahmen führen. Bei der *Unternehmenssteuerreform II* stehen zur Zeit verschiedene Modelle zur Diskussion. Kurzfristig dürften sich dadurch für den Bund Mindereinnahmen von 30 bis 70 Millionen ergeben. Die Vorlage befindet sich in der Vernehmlassung und neue Modellvorschläge, die zu unterschiedlichen finanziellen Auswirkungen führen können, sind nicht auszuschliessen. Ebenfalls in der Vernehmlassung befindet sich die Vorlage zur *straflosen Selbstanzeige*. Die daraus resultierenden möglichen Mehreinnahmen können vorläufig nicht beziffert werden. Neben dieser straflosen Selbstanzeige stehen bei der *Nachbesteuerung in Erbfällen* auch die Aufhebung von Erbenbussen und drei Varianten einer Nachsteuer zur Diskussion. Es dürften sowohl Minder- als auch Mehreinnahmen – allerdings in bescheidenem Ausmass – möglich sein. Diese Aussage gilt ebenfalls für die Arbeiten im Rahmen der *Besteuerung von Mitarbeiteroptionen*. Schliesslich würden sich auch finanzielle Einbussen ergeben, wenn entgegen der unterstellten Teuerungsprognosen die *kalte Progression* rascher ausgeglichen werden müsste. Es wäre mit einem Rückgang der DBSt-Erträge um 200 Millionen im Jahre 2007 zu rechnen.

Bei der *Mehrwertsteuer* besteht die Möglichkeit, dass der *Mehrwertzuschlag von 0,8 Prozent für die IV* in der Volksabstimmung scheitert. Die Einnahmen würden dadurch in den Finanzplanjahren zwischen 1,7 und 2,5 Milliarden tiefer ausfallen. Problematisch wäre für den Bundeshaushalt der Ausfall des Bundesanteils von 15 Prozent, der sich zwischen 260 und 370 Millionen beziffern lässt. Eine Gefahr für Mindereinnahmen besteht auch im Rahmen der Diskussion über eine *jährliche MWSt-Abrechnung*. Eine Einführung dieser Abrechnungsmethode ist aber frühestens für die Steuerperiode 2006 möglich und die finanziellen Auswirkungen wären einmaliger Natur. Die Ausfälle könnten je nach Variantenwahl bis maximal 450 Millionen betragen.

Mögliche Einnahmenveränderungen

Vorhaben	Legislaturfinanzplan		
	2005	2006	2007
	Millionen Franken		
Einfuhrzölle (2. Verhandlungsrunde)	-100	-100	-100
Einführung CO ₂ -Abgabe			
– Abgabesatz 10Rp./l	-200	-200	-200
– Abgabesatz 20 Rp./l	-400	-400	-400
– Abgabesatz 30 Rp./l	-600	-600	-600
Anlagefondsgesetz			
– Stempelabgabe		-60	-80
– Direkte Bundessteuer		n.q.	n.q.
Unternehmenssteuerreform II	-30 bis -70	-30 bis -70	
Straflose Selbstanzeige		n.q.	n.q.
Nachbesteuerung in Erbfällen		n.q.	n.q.
Besteuerung von Mitarbeiteroptionen		n.q.	n.q.
AuRascherer Ausgleich der kalten Progression			-200
Ablehnung MWSt-Zuschlag von 0,8% für IV (Wegfall des Bundesanteils)	-260	-360	-370
Jährliche MWSt-Abrechnung		bis max. -450	

1.5 Schuldenbremse

Das Instrument der *Schuldenbremse* ist nur für den Voranschlag verbindlich. Trotzdem ist es wichtig, die Finanzpläne derart auf die Schuldenbremse abzustimmen und entsprechende Massnahmen frühzeitig in die Wege zu leiten, dass die Vorgaben in der Regel im Rahmen der ordentlichen Bereinigung des Voranschlags erreicht werden können. Die untenstehende Tabelle zeigt das gemäss Schuldenbremse *zulässige Ausgabenvolumen*, das sich aus den ordentlichen, um den Konjunkturfaktor bereinigten Einnahmen zuzüglich der Plafonderhöhung gemäss Abbaupfad ergibt. Der Abbaupfad stellt die temporäre Massnahme dar, die es erlaubt, das strukturelle Defizit bis Ende 2006 schrittweise abzubauen.

Vorgaben der Schuldenbremse

in Mio Fr.		Voranschlag	Legislaturfinanzplan		$\Delta\%$	
		2004*	2005	2006	2007	2003–07
1	Gesamteinnahmen	47 944	51 562	53 126	55 316	
2	Konjunkturfaktor	1,0102	1,002	0,996	0,993	
3	Ausgabenplafond [3=1x2]	48 433	51 665	52 913	54 929	1,8
4	Konjunkturell zulässiges Defizit / erforderlicher Überschuss	–489	–103	213	387	
5	Abbaupfad	3 000	2 000	1 000	0	
6	Höchstzulässige Ausgaben [6=3+5]	51 433	53 665	53 913	54 929	1,8
7	Gesamtausgaben gemäss VA/FP	51 410	54 442	55 557	57 078	2,8
8	Differenz [8=6–7]	23	–777	–1 643	–2 149	

* ohne ausserordentliche Ausgaben von 1 128 Mio, inkl. Kreditsperre von 230 Mio

Die Vorgaben der Schuldenbremse werden im Legislaturfinanzplan nicht eingehalten. Statt des von der Schuldenbremse geforderten Überschusses (387 Millionen) resultiert im Jahre 2007 ein Defizit von knapp 1,8 Milliarden. Es besteht somit ein Sanierungsbedarf von 2,2 Milliarden. Angesichts der möglichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen (siehe Ziffer 1.3 und 1.4) bestätigt sich der bisher kommunizierte *Sanierungsbedarf von 2,5 Milliarden*. Hinter dieser Zahl steckt die Annahme, dass das Steuerpaket 2001 (–1,1 Mrd) in der Referendumsabstimmung angenommen wird. Nach den Vorstellungen des Bundesrates soll die Strategie zur Beseitigung dieses strukturellen Ungleichgewichts im wesentlichen auf den folgenden drei Säulen beruhen: grundlegende *Reformen* in den Aufgabenbereichen zur mittel- und langfristigen Entlastung des Haushalts sowie als kurzfristig wirksame Massnahmen ein *Entlastungsprogramm 2004* und eine *Aufgabenverzichtsplanung*.

2 Entlastungsprogramm 2004

Nicht allein die Schuldenbremse und der im Finanzhaushaltgesetz verankerte Abbaupfad zur Eliminierung der strukturellen Defizite bis 2007 gebieten die rasche Inangriffnahme der zweiten Etappe zur *Sanierung des Bundeshaushaltes*. Diese Aufgabe stellt sich auch aus standort- und gesellschaftspolitischen Gründen: Wachsende Schuldenberge hindern den Staat daran, sich neuen dringenden Aufgaben anzunehmen. Sie verringern die Investitionsbereitschaft von Privaten und beeinträchtigen damit das unter anderem zur finanziellen Sicherung unserer Sozialwerke dringend benötigte Wachstum. Eine anhaltende Defizitwirtschaft ist schliesslich nichts anderes als eine Lastenverschiebung auf kommende Generationen.

Die Sanierung des Bundeshaushaltes kann nicht isoliert angegangen werden. Sie ist eingebettet in die *Legislaturplanung*, deren erstes Ziel darin besteht, unsere Volkswirtschaft wieder auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu bringen. Die im einzelnen noch zu beschliessenden Sanierungsmassnahmen müssen dazu beitragen,

Wohlstand und Wachstum langfristig zu sichern. Investitionen ins Real- und ins Humankapital, welche die Produktionsmöglichkeiten verbessern, müssen daher eine hohe Priorität behalten. Bei jeder Investition sind jedoch der sektoralpolitische Nutzen einerseits und die Opportunitäts- und Folgekosten andererseits sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Ebenso gilt es ausgaben- wie einnahmenseitig darauf zu achten, unerwünschte Anreizwirkungen, Verzerrungen und strukturerhaltende Effekte möglichst zu vermeiden bzw. zu beseitigen. Besondere Rücksichtnahme ist schliesslich auf die Interessen der Kantone zu nehmen. Auch sie sind von einem markanten Einbruch bei den Einnahmen betroffen und sehen sich mit wachsenden Ausgaben und neuen Aufgaben konfrontiert. Im Interesse der Wahrung guter Standortvoraussetzungen darf deshalb die Sanierung der Bundesfinanzen nicht einseitig zulasten der Kantonshaushalte gehen.

Das Sanierungskonzept muss deshalb auch abgestimmt werden auf weitere *finanz- und steuerpolitische Vorlagen*, die teils schon kurz vor der Abstimmung stehen, teils aber noch politisch gestaltbar sind. Im einzelnen zu nennen sind namentlich: das Steuerpaket 2001, die Unternehmenssteuerreform II, die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung, die Verwendung der überschüssigen Goldreserven sowie verschiedene Vorlagen zur Stärkung des Finanzplatzes.

Diese Vorlagen dienen der Korrektur überholter Besteuerungen, der Behauptung von Standortvorteilen und der Modernisierung des «Systems Schweiz». Bezweckt wird die langfristige Finanzierbarkeit der Staatsaufgaben, die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und damit die Sicherung bzw. Ausweitung künftiger Spiel- und Entwicklungsräume. Zu erreichen ist dies nur dann, wenn die einzelnen Vorlagen aus einer übergeordneten Optik und mit dem Ziel einer Gesamtoptimierung sorgfältig aufeinander abgestimmt werden.

Das sich an diesen strategischen Leitlinien orientierende *Umsetzungskonzept* für die Sanierung des Haushaltes beruht im wesentlichen auf drei Säulen:

Primär soll der Haushalt mittels *tiefgreifender Reformvorhaben* in den einzelnen Aufgabengebieten ins Gleichgewicht gebracht werden. Diesen ist im Rahmen der Legislaturplanung eine hohe Priorität eingeräumt worden. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass solche Vorlagen einer gewissen Vorbereitungs- und Beratungszeit bedürfen und in der Regel auch die finanzielle Entlastung erst nach und nach einsetzt.

Um im Haushalt schon kurzfristig die notwendigen Korrekturen anbringen zu können, soll deshalb ein *weiteres Entlastungsprogramm* ausgearbeitet werden (EP 04). Dieses muss aus heutiger Sicht 2007 Entlastungen in der Höhe von rund 2,5 Milliarden bringen und bereits 2005 und 2006 die weiter oben ausgewiesene Vorwirkung erzielen. Je nach Entwicklung der Konjunktur, den Beschlüssen des Parlaments zu finanzrelevanten Vorlagen und dem Ausgang der Volksabstimmungen namentlich zum Steuerpaket und zum Mehrwertsteuerzuschlag für die IV kann sich dieser Betrag aber noch markant ändern. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, die inhaltlichen Konturen des EP 04 erst im Frühsommer definitiv festzulegen. Klar ist aber, dass es zur Hauptsache wiederum auf der Ausgabenseite ansetzen wird. Dabei stehen anders als beim EP 03, dem ein Flächenansatz zugrunde lag, schwerpunktmässige Kürzungen im Vordergrund. Diese sollen insbesondere in den am dynamischsten wachsenden Bereichen soziale Wohlfahrt und Bildung/Forschung und weiter im Verkehr gesucht werden, wobei auch in den anderen grossen Aufgabenbereichen, insbesondere in der Verteidigung, der Landwirtschaft sowie den Beziehun-

gen zum Ausland nach substantiellen Entlastungsmöglichkeiten gesucht werden muss. Auch Mehreinnahmen sind aber nicht ausgeschlossen. Diese sollen indessen nur subsidiär und ergänzend in Betracht gezogen werden. Es ist zudem nicht vorgesehen, die Erhebung neuer Steuern zur Diskussion zu stellen. Wie weiter oben ausgeführt, will der Bundesrat im Frühsommer dieses Jahres die inhaltlichen Konturen des EP 04 festlegen. Die Zwischenzeit soll unter anderem dazu genutzt werden, Sondierungsgespräche mit den von einer Reihe von finanzpolitischen Vorlagen stark betroffenen Kantonen zu führen. Die Verabschiedung der Botschaft ist für die zweite Jahreshälfte 2004 geplant.

Drittes Element der bundesrätlichen Sanierungsstrategie ist schliesslich eine *Aufgabenverzichtsplannung*. Während das EP 04 in erster Linie im Transferbereich ansetzt, stehen bei der Aufgabenverzichtsplannung die Funktionsausgaben der Verwaltung im Vordergrund (Personal- und Sachausgaben). Diese sollen so weit gekürzt werden, dass sich Einsparungen von mindestens 200 Millionen erzielen lassen, wobei erste Vorwirkungen bereits ab 2006 erwartet werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, wird es nötig sein, auf die Erfüllung nicht prioritärer Aufgaben strikte zu verzichten und bestehende Rationalisierungsmöglichkeiten konsequent auszunutzen.

3 Zur Ausgabenentwicklung

Das Ausgabenwachstum in der Legislaturperiode 2003 bis 2007 liegt mit einem jährlichen Durchschnitt von 2,8 Prozent knapp unter dem erwarteten durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent pro Jahr. Im Vergleich zum Voranschlag 2003 wird damit eine *Stabilisierung der Staatsquote* erreicht. Unter Ausklammerung der Mehrwertsteuerfinanzierung für die AHV und IV dürfte sie sogar leicht sinken. Dieser auf den ersten Blick positiven Entwicklung sind aber die möglichen Mehrausgaben (wie z.B. Bilaterale II, Härteausgleich NFA, Folgekosten der Inbetriebnahme des Lötschberg-Basistunnels) entgegenzuhalten, die im Finanzplan nicht eingestellt sind.

Die Finanzen und Steuern, die Soziale Wohlfahrt sowie die Bildung und Grundlagenforschung weisen in diesem Zeitraum die grössten Zuwachsraten auf. Bei den übrigen Aufgabengebieten sind die Wachstumsraten unterdurchschnittlich oder sogar negativ. Die Ausgabensteigerungen bei der *sozialen Wohlfahrt* stehen in direktem Zusammenhang zu den Ausgaben der Sozialwerke, welche der Bund zu einem gesetzlich vorgeschriebenen Beitragssatz (AHV, IV) mitträgt. Ebenfalls bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung erwachsen dem Bund zusätzliche Ausgaben. Der Zuwachs bei der *Bildung und Grundlagenforschung* geht zur Hauptsache auf eine intensivierete Mittelzusprache aus der Umsetzung der BFT-Botschaft zurück. Die Veränderung der Ausgaben für *Finanzen und Steuern* ist einerseits auf die höheren Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen, insbesondere den Mehrwertsteuerzuschlag von 0,8 Prozent für die IV, zurückzuführen, andererseits zeichnen die höheren Passivzinsen wegen dem zusätzlichen Finanzierungsbedarf für den Ausgabenanstieg mitverantwortlich. Die nachstehende Tabelle fasst die Ausgabenentwicklung der verschiedenen Hauptaufgabengebiete gegliedert nach den Leitlinien der neuen Legislaturperiode zusammen. Die Hauptaufgabengebiete wurden dabei nach dem Schwerpunktsprinzip den drei Leitlinien zugeordnet. Das Zahlenwerk enthält sowohl die *Grundlast* als auch die finanziellen Auswirkungen der *Richtliniengeschäfte* gemäss Legislaturplanung. Zahlreiche Richtliniengeschäfte können aller-

dings in ihren Auswirkungen noch nicht beziffert werden oder sie werden erst in der nächsten Legislaturperiode ihren zahlenmässigen Niederschlag finden.

Übersicht über die Ausgaben

	Voranschlag		Legislaturfinanzplan		Δ0%
	2004 *	2005	2006	2007	
Gesamtausgaben (in Mio)	51 410	54 442	55 557	57 078	2,8
Δ Vorjahr (in %)	0,6	5,9	2,0	2,7	
<i>Wohlstand nachhaltig sichern und vermehren</i>					
– Bildung und Grundlagenforschung	3 953	4 057	4 204	4 324	3,0
– Landwirtschaft und Ernährung	3 919	3 868	3 872	3 921	0,1
– Übrige Volkswirtschaft	677	700	709	738	–0,1
– Verkehr	7 478	7 890	7 818	7 954	1,7
– Umwelt und Raumordnung	757	700	697	666	–2,3
– Finanzen und Steuern	9 962	12 058	12 725	13 230	6,1
– Allgemeine Verwaltung	1 983	2 021	2 004	2 042	0,5
– Kultur und Freizeit	463	473	452	457	–4,6
<i>Demographische Herausforderungen bewältigen</i>					
– Soziale Wohlfahrt	13 943	14 368	14 874	15 286	3,5
– Gesundheit	210	208	201	204	–1,1
<i>Stellung der Schweiz in der Welt festigen</i>					
– Beziehungen zum Ausland	2 488	2 515	2 546	2 679	2,6
– Landesverteidigung	4 820	4 856	4 732	4 814	0,3
– Justiz und Polizei	757	729	723	763	1,2

* ohne ausserordentliche Ausgaben von 1 128 Mio, inkl. Kreditsperre von 230 Mio

3.1 Wohlstand nachhaltig sichern und vermehren

3.1.1 Bildung und Grundlagenforschung

Mit den Entscheiden zur Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie (BFT) in den Jahren 2004–2007 einerseits und zum EP 03 andererseits, hat das Parlament die Priorität von Bildung und Forschung erneut bekräftigt und eine durchschnittliche Zuwachsrate von 4,8 Prozent für den gesamten BFT-Bereich (inkl. angewandte Forschung) beschlossen. Die Ausgaben für die *angewandte Forschung* (+2,4%) werden den spezifischen Aufgabengebieten zugeordnet (z.B. Verkehr, übrige Volkswirtschaft). Die Ausgaben für die *Bildung und Grundlagenforschung*, welcher auch Bereiche zugeordnet werden, die nicht Bestandteil der BFT-

Botschaft sind (v.a. der internationale Forschungsbereich), steigen um durchschnittlich drei Prozent.

Im *Berufsbildungsbereich* (+3,8%) steht die Umsetzung des am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen, revidierten Berufsbildungsgesetzes und damit unter anderem die Überführung der Berufe Gesundheit, Soziales, Kunst in die Zuständigkeit des Bundes im Vordergrund. Für den *Hochschulbereich* beträgt das durchschnittliche Wachstum 2003–2007 3,1 Prozent, wobei insbesondere die Fachhochschulen sowie die Bundeshochschulen gestärkt werden. In der Legislaturperiode wird im Hochschulbereich eine Reform eingeleitet, welche unter anderem eine gesamtschweizerische Steuerung des Hochschulsystems sowie eine Vereinheitlichung der Finanzierungsmechanismen beinhalten wird. Die *Grundlagenforschung* verzeichnet in den Jahren 2003–2007 ein Ausgabenwachstum von 2,8 Prozent und umfasst vorab die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds sowie die Beteiligung der Schweiz an den EU-Forschungsrahmenprogrammen. Für die EU-Forschung ist ab 2004 zum einen der Beitrag für die neu auf 1. Januar 2004 erworbene Vollmitgliedschaft zu leisten (rund 210 Mio p.a.) und zum anderen sind auch die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Verpflichtungen aus der projektweisen Beteiligung (abnehmend von rund 70 Mio in 2004) zu honorieren. Diese Doppelbelastung wird jedoch während der Legislaturfinanzplanperiode kontinuierlich abnehmen, da keine neuen projektweisen Verpflichtungen eingegangen werden.

3.1.2 Landwirtschaft und Ernährung

Die Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung bleiben nominal stabil und belaufen sich auf jährlich rund 3,9 Milliarden. Dies entspricht einem Anteil von rund sieben Prozent an den Gesamtausgaben des Bundes. Die Landwirtschaft ist seit einigen Jahren einem grösseren Strukturwandel unterworfen. So nahm die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe zwischen 1990 und 2002 um rund 25 000 auf 67 000 Betriebe ab. Obwohl die Ausgaben auf Bundesebene nominell stabil bleiben, weisen die durchschnittlichen Ausgaben je Betrieb höhere Wachstumsraten auf als die Gesamtausgaben. Pro Betrieb hat der Bund 1996 rund 50'000 Franken, im Jahr 2002 gut 60 000 Franken aufgewendet (+3,3% p.a.). Geht man davon aus, dass der Strukturwandel in den kommenden Jahren anhalten wird, so leistet der Bund auch künftig pro Betrieb steigende Beiträge.

Die Steuerung der Landwirtschaftsausgaben 2004–2007 erfolgt über drei Zahlungsrahmen. Diese wurden im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zur Agrarpolitik 2007 (Revision des Landwirtschaftsgesetzes, in Kraft seit 1.1. 2004) beschlossen. Die Landwirtschaftsausgaben wurden durch das EP 03 im Jahr 2005 um 90 Millionen und ab 2006 um jährlich 133 Millionen gekürzt. Die Ausgaben für *Produktions- und Absatzsicherung* reduzieren sich von 918 Millionen (2003) auf 755 Millionen (2007). Die wegfallenden finanziellen Mittel aus der produktgebundenen Stützung werden durch eine Zunahme der *Direktzahlungen* und der *sozialen Massnahmen* (Betriebshilfen, Umschulungsbeihilfen) weitgehend kompensiert. Diese nehmen in der gleichen Periode von 2528 auf 2678 Millionen zu (1,5% p.a.). Insbesondere wegen den erhöhten Ausgaben für die Entsorgung der Fleischabfälle (BSE) sind leicht zunehmende Ausgaben bei den Massnahmen zur *Grundlagenverbesserung*

(Strukturverbesserungen, Investitionskredite) zu verzeichnen (281 Mio im Jahr 2007). Für *Verwaltungsaufgaben und Forschungs- und Beratungstätigkeiten* sind weiterhin rund 200 Millionen pro Jahr eingestellt.

3.1.3 Übrige Volkswirtschaft

Der Legislaturfinanzplan 2005–2007 enthält für dieses aus fünf Ausgabenbereichen zusammengesetzte Aufgabengebiet Mittel von jährlich rund 712 Millionen. Die Ausgabenentwicklung bleibt im Durchschnitt während der ganzen Periode praktisch konstant. Grund dieser stabilen Lage ist die Tatsache, dass steigende Bedürfnisse im Bereich *Industrie, Gewerbe, Handel* (Förderung der angewandten Forschung im Rahmen des BFT-Gesamtrahmens) durch entsprechend geringere Aufwendungen für die *Forstwirtschaft* und die *Energieforschung* kompensiert werden können. Die Ausgaben für *Jagd und Fischerei* betragen rund 8 Millionen pro Jahr und diejenigen für die Förderung des *Tourismus* 61 Millionen pro Jahr. In der neuen Legislatur ist die Erneuerung der Finanzhilfe an Schweiz Tourismus vorgesehen, wobei im Legislaturfinanzplan keine Erhöhung der Mittel eingeplant ist.

3.1.4 Verkehr

Die jährliche Zuwachsrate im Verkehrsbereich während der Legislaturperiode liegt leicht (+1,7%) über der durchschnittlichen Teuerung im selben Zeitraum. Die Entwicklung der beiden Hauptelemente dieses Bereichs entspricht einer seit Jahren beobachteten Tendenz: die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* wachsen deutlich schneller (+2,5% pro Jahr) als diejenigen für den *Strassenbau* (+0,8% pro Jahr).

Drei Faktoren sind für den Ausgabenzuwachs im öffentlichen Verkehr um mehr als 430 Millionen in den Jahren 2003 bis 2007 verantwortlich: die umfangreicheren Einlagen in den *Fonds für Eisenbahngrossprojekte* infolge Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (+80 Mio), der zunehmende Bedarf für die Abgeltung der ungedeckten Kosten im *Regionalverkehr* (+179 Mio) und die höheren Beiträge im Rahmen der *Leistungsvereinbarung mit der SBB* (+148 Mio).

Die Mehrausgaben im Strassenbereich sind vollumfänglich auf den Nationalstrassenunterhalt zurückzuführen; 2007 werden dafür 114 Millionen mehr als 2003 zur Verfügung gestellt.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass der Unterhalt des Nationalstrassen- und des Schienennetzes die Bundesfinanzen enorm belastet. Die öffentliche Hand wird sich in den nächsten Jahren überlegen müssen, unter welchen Bedingungen weitere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ins Auge gefasst werden können. Priorität wird die Substanzerhaltung im heutigen Strassen- und Schienennetz haben.

3.1.5 Umwelt und Raumordnung

Die Aufwendungen des Bundes im Bereich Umwelt und Raumordnung nehmen von rund 730 Millionen im Jahr 2003 um jährlich rund 2,3 Prozent auf 665 Millionen im Jahr 2007 ab. Diese Reduktion ist hauptsächlich auf die ab 2005 wegfallende Auf-

nung des *IHG-Fonds*, auf abnehmende Ausgaben bei den *Abwasser- und Abfallanlagen* sowie auf die im Rahmen des EP 03 vollzogenen Kürzungen in den Bereichen *Natur- und Umweltschutz*, *Lawinenverbauungen*, den Investitionsbeiträgen zum *Schutz vor Naturereignissen* sowie beim allgemeinen *Wohnungsbau* zurückzuführen.

3.1.6 Finanzen und Steuern

Der Bereich der Finanzen umfasst die Anteile Dritter an den Einnahmen des Bundes und den Schuldendienst. Die Ausgaben dürften in diesem Bereich von 10,4 Milliarden im Jahr 2003 auf 13,2 Milliarden im Jahr 2007 zulegen. Mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 6,1 Prozent wachsen diese Ausgaben in der Planungsperiode deutlich stärker als die Gesamtausgaben. Die beiden Hauptbestandteile dieses Bereichs entwickeln sich allerdings sehr unterschiedlich. Die *Anteile Dritter an den Einnahmen des Bundes* dürften zwischen 2003 und 2007 von 6,5 auf 8,8 Milliarden ansteigen, was einem durchschnittlichen Wachstum von 7,7 Prozent pro Jahr entspricht. Dieser Anstieg lässt sich zur Hauptsache mit dem ab 2005 vorgesehenen Mehrwertsteuerzuschlag von 0,8 Prozent zu Gunsten der IV erklären. Die *Ausgaben für den Schuldendienst* (zwischen 3,9 und 4,4 Mrd pro Jahr) steigen mit 3,2 Prozent im Jahresmittel weniger stark an. Die Zunahme bei den Passivzinsen ist dabei insbesondere auf den erhöhten kurz- und langfristigen Finanzierungsbedarf zurückzuführen, der sich aus der Schuldenentwicklung ergibt.

3.1.7 Allgemeine Verwaltung

Die Ausgaben für die *Allgemeine Verwaltung* umfassen die Positionen Legislative und Exekutive, Leistungen für Pensionierte (Magistratspersonen) und die Kategorie Allgemeine Verwaltung / Nicht zuteilbare Ausgaben (unter anderem Finanz-, Steuer- und Zollverwaltung, Grenzbewachung, Personalamt, Eidg. Versicherungskasse, statistische Dienste, allgemeine Verwaltungsgebäude, Informatik und Telekommunikation). Die Ausgaben nehmen zwischen 2003 und 2007 um insgesamt 44 Millionen zu. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 0,5 Prozent. Hauptursache für diese Entwicklung ist der IT-Bedarf für neue Aufgaben, der zwischen 2003 und 2007 um 80 Millionen ansteigt. Dieses Wachstum wird teilweise kompensiert durch Minderausgaben in anderen IT-Bereichen, bei den Telekommunikationstaxen (-19 Mio) und durch den Abschluss von NOVE-IT (-8 Mio). Mehrbedarf ergibt sich sodann beim periodischen und laufenden Unterhalt, den Miet- und Pachtzinsen, den Zivilen Bauten und bei der Grenzbewachung. Dieser wird teilweise kompensiert durch Einsparungen von je 6 Millionen Franken in den Jahren 2006/07 aus dem im Rahmen des EP 03 beschlossenen Verzicht auf die Zinsverbilligung auf Hypothekendarlehen des Bundespersonals.

3.1.8 Kultur und Freizeit

Dieses Aufgabengebiet verzeichnet – bereinigt um die Ausgaben für die EXPO.02 – in der Periode 2003–2007 einen Ausgabenrückgang von durchschnittlich einem Prozent. Die Ausgabenentwicklung ist namentlich durch Kürzungen der Mittel für

die Verbilligung der *Zeitungstransporte* und für den *Sport* sowie durch die Aufstockung der Kredite für die *Kultur* bestimmt. Im Durchschnitt stehen der Kultur rund 235 Millionen pro Jahr zur Verfügung, was einem jährlichen Wachstum von rund 1,6 Prozent entspricht. Diese Ausgabenzunahme ist hauptsächlich auf den geplanten *Umbau des Landesmuseums* zurückzuführen. Der Bundesrat will den sprach- und kulturpolitischen Auftrag von Artikel 70 und 69 der Bundesverfassung in einem Sprachengesetz sowie einem Kulturförderungsgesetz konkretisieren. Im neuen *Sprachengesetz* sind unter anderem die Amtssprachenförderung, die Unterstützung der mehrsprachigen Kantone, die Schaffung eines Sprachinstituts und die Förderung der Integration durch Sprachhilfen vorgesehen. Der für die Verwirklichung der ersten Phase 2005–2007 ausgewiesene Mehrbedarf ist in den Legislaturfinanzplan aufgenommen worden. Im *Kulturförderungsgesetz* soll die bisherige Unterstützung von Kulturinstitutionen sowie die Förderung neuer Bereiche (z.B. Jugend und Musik, Leseförderung) verankert werden. Im Legislaturfinanzplan sind allerdings für die neuen Bereiche keine Mittel eingestellt.

Für Sportbelange sind 2003–2007 jährlich rund 142 Millionen vorgesehen, davon rund 60 Millionen für *Jugend und Sport*. Bis Ende 2004 soll das Finanzierungsverhältnis Bund-Kantone überprüft und allenfalls angepasst werden. Für den *Sportstättenbau* (Nationales Sportanlagenkonzept NASAK) sind noch bis Ende 2005 Mittel eingestellt.

3.2 Demographische Herausforderungen bewältigen

3.2.1 Soziale Wohlfahrt

Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt steigen in den Jahren 2003 bis 2007 um durchschnittlich 3,5 Prozent pro Jahr, was um 0,7 Prozentpunkte über dem Durchschnittswachstum der Gesamtausgaben liegt. Dieses beachtliche Ausgabenwachstum ist vor allem auf die Bereiche der *Alters- und Invalidenversicherung* inklusive Ergänzungsleistungen sowie der *Kranken- und Arbeitslosenversicherung* zurückzuführen.

Bei der *Altersversicherung* steigen die Ausgaben in den Jahren 2003 bis 2007 um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr. Diese Ausgabenkategorie legt also trotz der im Rahmen des EP 03 beschlossenen Streichung des Sonderbeitrags des Bundes an die AHV für den Rentenvorbezug von jährlich 170 Millionen zu, was vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen ist. Erstens steigen die Ausgaben der AHV infolge der demographischen Entwicklung kontinuierlich an. Zweitens wirkt sich die voraussichtliche Rentenanpassung bei der AHV im Jahr 2006 im Bundeshaushalt mit einer Belastung von rund 175 Millionen aus. Drittens zeichnet sich ein starkes Wachstum bei den Spielbankenabgabeerträgen auf etwas mehr als 200 Millionen pro Jahr ab, was zu einem entsprechend höheren Einnahmentransfer durch den Bund an die AHV führt. Die längerfristige finanzielle Konsolidierung der AHV will der Bundesrat mit seinen Massnahmen zur 12. AHV-Revision bewerkstelligen. Die entsprechende Vorlage wird der Bundesrat den eidg. Räten noch in dieser Legislaturperiode unterbreiten.

Bei der *Invalidenversicherung* legen die Ausgaben 2003 bis 2007 um durchschnittlich 5,5 Prozent pro Jahr zu. Dieses überdurchschnittlich hohe Wachstum ergibt sich trotz der im Rahmen des EP 03 beschlossenen Begrenzung des Kostenanstiegs bei

den kollektiven Leistungen der IV. Hauptursache für den Anstieg des Bundesbeitrags an die IV von rund vier Milliarden (2003) auf rund fünf Milliarden (2007) liegt in der sich deutlich abzeichnenden starken Zunahme der Invalidisierungen. Zudem wirkt sich die auf Beginn 2006 geplante Rentenanpassung auch bei der IV ausgabensteigernd aus (rund 90 Mio). Mit der 5. IV-Revision, die den eidg. Räten so rasch wie möglich unterbreitet wird, soll der Anstieg bei den Invalidisierungen abgebremsst werden.

Der Bundesrat verfolgt die Absicht, den *Haushalt der AHV und IV vom Bundeshaushalt zu entflechten*. Ziel dieser Entflechtung ist in erster Linie, die Finanzierungsverantwortlichkeiten zu vereinfachen und transparenter zu machen.

Die Ausgaben für die *Ergänzungsleistungen zur AHV und IV* steigen 2003 bis 2007 um durchschnittlich 5,8 Prozent pro Jahr an. Dieser hohe Zuwachs ist vor allem der demographischen Entwicklung, welche sich insbesondere bei den Heimkosten auswirkt, sowie den stark zunehmenden Invalidisierungen zuzuschreiben.

In der *Krankenversicherung* steigen die Ausgaben in den Jahren 2003 bis 2007 um durchschnittlich 2,1 Prozent pro Jahr an. Dieser im Verhältnis zur Kostensteigerung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung moderate Anstieg der Ausgaben ist eine Folge des Scheiterns der 2. KVG-Revision. Bis auf Weiteres gilt der Bundesbeschluss vom 17. September 2003 über die Bundesbeiträge in der Krankenversicherung, der einen Zahlungsrahmen von 9,6 Mia für die Jahre 2004 bis 2007 festlegt. Sollten die im Rahmen der 2. KVG-Revision bezüglich Prämienverbilligung vorgesehenen Neuerungen (vorab Flexibilisierung Sozialziel, Verbilligung Kinderprämien) wieder aufgenommen werden, müsste mit einer weit stärkeren Ausgabendynamik gerechnet werden.

Mit Inkrafttreten der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf Mitte 2003 wurde die Finanzierung der *Arbeitslosenversicherung* auf eine neue Basis gestellt. Der Beitrag der öffentlichen Hand an die Versicherung beläuft sich neu insgesamt auf 0,2 Prozent der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme, wobei der Bund 0,15 Prozent und die Kantone 0,05 Prozent finanzieren. Die Aufwendungen des Bundes für das Aufgabengebiet betragen für 2003 169 Millionen. 2004 nehmen sie auf 334 Millionen zu. Bis 2007 legen die Ausgaben um durchschnittlich 2,8 Prozent pro Jahr zu. Die Versicherung benötigt wegen der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zusätzlich noch umfangreiche Tresoreriedarlehen, welche die Finanzrechnung nicht belasten.

Im Bereich der *Flüchtlingshilfe im Inland* steigen die voraussichtlichen Ausgaben in der Finanzplanperiode zuerst leicht an (um rund 2%) und überschreiten damit wieder die Milliardengrenze. Der Grund liegt vor allem in den stark steigenden Krankenversicherungskosten und der teuerungsbedingten Anpassung der Unterstützungspauschalen für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene. Nach dem vorübergehenden Ansteigen auf den Voranschlag 2004 hin sinken die eingestellten Mittel wieder kontinuierlich und unterschreiten in der zweiten Hälfte der Legislatur erneut die Milliardengrenze. Dies ist auf die Massnahme im EP 03 zurückzuführen, welche – durch den Ausschluss der Fälle mit Nichteintretensentscheid aus dem ordentlichen Fürsorgesystem – die Zahl der unterstützten Personen des Asylbereichs sinken lässt.

3.2.2 Gesundheit

Die Ausgaben für die Gesundheit betragen im Durchschnitt rund 207 Millionen pro Finanzplanjahr und weisen über die ganze Periode betrachtet einen Rückgang von jährlich rund 1,1 Prozent auf. Ursache dieser Abnahme ist vor allem die *Auslagerung der Tabakprävention* in eine neue Organisation mit eigener Rechnung, finanziert aus dem Tabakpräventionsfonds. Im Bereich der *Gesundheitspolitik* wird der Bundesrat die Kräfte und Mittel auf eine noch effizientere Krankheits- und Suchtprävention sowie auf eine verbesserte Lebensmittelsicherheit setzen.

3.3 Stellung der Schweiz in der Welt festigen

3.3.1 Beziehungen zum Ausland

Im Aufgabengebiet Beziehungen zum Ausland entfallen 85 Prozent der Ausgaben auf die Entwicklungszusammenarbeit (öffentliche Entwicklungshilfe und Osthilfe), auf die Betriebskosten der Schweizer Vertretungen im Ausland und auf die statistischen Beitragszahlungen an die internationalen Organisationen. Von 2003 bis 2007 dürfte sich die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Ausgaben in diesem Bereich auf 2,6 Prozent belaufen. Die öffentliche Entwicklungshilfe, auf die alleine 60 Prozent der Ausgaben dieses Bereichs entfallen, wird im Jahresdurchschnitt um rund vier Prozent zunehmen.

Der im Aufgabenbereich *Beziehungen zum Ausland* vorgesehene Ausgabenzuwachs ist in erster Linie auf den geplanten Mehrbedarf (+4%) für die öffentliche Entwicklungshilfe zurückzuführen. In Übereinstimmung mit dem EP 03 werden die *Ausgaben für die öffentliche Entwicklungshilfe* von 2004 bis 2006 im Jahresdurchschnitt um 2,8 Prozent zunehmen. Für 2007 sieht der Finanzplan dagegen ein Wachstum um rund 116 Millionen (+7,7%) gegenüber 2006 vor. Diese Zunahme ergibt sich aus den Mitteln, die ab 2007 bereitgestellt werden müssen, damit im Jahr 2010 die öffentliche Entwicklungshilfe 0,4 Prozent des BIP erreichen wird.

Erwähnenswerte Mehrausgaben fallen schliesslich auch bei der zivilen Friedensförderung und Förderung der Menschenrechte an.

3.3.2 Landesverteidigung

Die Ausgaben für die Landesverteidigung belaufen sich in den Jahren 2003–2007 auf jährlich rund 4,8 Milliarden und betragen damit 9,3 (2003) resp. 8,4 (2007) Prozent der Gesamtausgaben des Bundes. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate ist gleich Null.

Von diesen 4,8 Milliarden entfallen rund 4 Milliarden auf den *Verteidigungsbereich des VBS* nach neuer Struktur (militärische Landesverteidigung). Nach bisheriger funktionaler Gliederung werden noch andere Bereiche des VBS der militärischen Landesverteidigung zugerechnet, beispielsweise die *Direktion für Sicherheitspolitik* (zivile Friedensförderung) oder die Gruppe *armasuisse* (Rüstungsbeschaffung), aber auch Ausgaben anderer Departemente. Für die *zivile Landesverteidigung* sind im Legislaturfinanzplan jährlich rund 100 Millionen eingestellt.

Mit dem EP 03 wurden über die Jahre 2004–2007 gesehen bei der militärischen Landesverteidigung insgesamt 673 Millionen gekürzt, bei der zivilen rund 25 Millionen (POLYCOM, Schutzbauten). Bei der *militärischen Landesverteidigung* sind insbesondere die Immobilienausgaben, das Personal, aber auch die Rüstungsausgaben betroffen. Dadurch erfährt die beabsichtigte Umlagerung von den Betriebs- zu den Rüstungsausgaben eine Verzögerung (derzeit beträgt das Verhältnis rund 2/3 zu 1/3, angestrebt werden 55% zu 45%).

Im Rahmen des EP 03 wurde dem VBS (in Anlehnung an das Stabilisierungsprogramm 98) für den (militärischen) *Verteidigungsbereich* in den Jahren 2004–2007 ein *Ausgabenplafond* in Höhe von total rund 16 Milliarden zugestanden. Im Rahmen der Möglichkeiten des Finanzhaushaltrechts soll das VBS vermehrte Planungssicherheit und Flexibilität in der Allokation der Mittel erhalten. Es können mittels Nachtragsweg Mittelverschiebungen zwischen Personal-, Sach- und Rüstungsausgaben angehehrt und Kreditreste von einem Jahr auf das nächste übertragen werden.

Der *SWISSCOY-Einsatz* wurde vom Parlament bis Ende 2005 bewilligt. Eine Weiterführung ab 2006 mit jährlichen Mehrausgaben von rund 30 Millionen ist im Zahlenwerk nicht eingestellt.

3.3.3 Justiz und Polizei

Im Schwerpunktgebiet innere Sicherheit bewegen sich die Ausgaben in den Legislaturfinanzplanjahren in der Grössenordnung von 750 Millionen und wachsen damit im Vergleich zum Voranschlag 2003 (727 Mio) um durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr.

Die Ausgaben im Bereich *Rechtsaufsicht* verzeichnen einen durchschnittlichen Rückgang von jährlich zwei Prozent. Dabei resultieren die Minderausgaben vorab bei den Abteilungen für die *Amtliche Vermessung*, deren Beiträge nach dem endgültigen Abbau der hängigen Arbeiten von 58 Millionen im Jahr 2003 auf 37 Millionen im Jahr 2007 sinken.

Dagegen weist das Aufgabengebiet **Polizei** eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate von 2,2 Prozent oder ein Wachstum von 23 Millionen (VA 2003: 265 Mio; FP 2007: 289 Mio) auf. Dabei schlägt insbesondere die Umsetzung der Effizienzvorlage (EffVor) zu Buche, deren Ausgaben im Voranschlag 2004 im Vergleich zum Vorjahr um rund 25 Millionen aufgestockt wurden, um in den folgenden Finanzplanjahren entsprechend den Beschlüssen des Parlaments zum EP 03 auf diesem Niveau eingefroren zu werden.

Das grösste Ausgabenwachstum ist mit 22 Millionen oder jährlichen 4,3 Prozent im Bereich der *Rechtssprechung* festzustellen, wobei vor allem die neuen Bundesgerichte in St. Gallen (Bundesverwaltungsgericht) und Bellinzona (Bundesstrafgericht) ins Gewicht fallen.

4 Zur Einnahmenentwicklung

Gegenüber dem Voranschlag 2003 wachsen die *Gesamteinnahmen* im Jahresmittel um 2,1 Prozent. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der von den eidg. Räten verabschiedete Voranschlag 2003 von einem realen Wirtschaftswachstum von zwei

Prozent ausging und der markante Einnahmeneinbruch noch nicht berücksichtigt war. Unter Einbezug der aktuellen Zahlen für 2003 und unter Ausklammerung der Sonderfaktoren wie beispielsweise verschiedener Steuermassnahmen ergibt sich ein durchschnittlicher Anstieg von 3,4 Prozent pro Jahr. Im Vergleich dazu beträgt das unterstellte durchschnittliche Wirtschaftswachstum 2,9 Prozent, so dass eine Aufkommenselastizität von 1,2 resultiert.

Übersicht über die Einnahmen

(Zahlen in Millionen SFr.)	Voranschlag		Finanzplan		$\Delta\%$ 2003–2007
	2004	2005	2006	2007	
Gesamteinnahmen	47 944	51 562	53 126	55 316	2,1
$\Delta\%$ Vorjahr	-5,7	7,5	3,0	4,1	
<i>Fiskaleinnahmen</i>	44 519	48 191	49 643	51 586	2,1
– Direkte Bundessteuer	11 550	11 833	11 876	12 906	-0,3
– Verrechnungssteuer	2 700	3 000	3 000	3 000	-6,3
– Stempelabgaben	3 000	3 300	3 500	3 700	2,9
– Mehrwertsteuer	17 700	19 830	21 070	21 770	5,3
– Mineralölsteuern	4 955	4 955	4 905	4 855	-0,4
– Tabaksteuer	1 836	1 964	1 964	1 964	3,1
– Schwerverkehrsabgabe	660	1 120	1 120	1 170	12,3
– Zölle	1 075	1 065	1 055	1 040	-0,6
– Übrige Fiskaleinnahmen	1 043	1 124	1 153	1 181	3,7
<i>Nichtfiskalische Einnahmen</i>	3 425	3 371	3 483	3 730	2,2
– Regalien und Konzessionen	1 229	1 195	1 245	1 272	5,5
– Vermögenserträge	903	969	1 054	1 249	1,8
– Entgelte	1 129	1 002	1 013	1 022	-2,0
– Investitionseinnahmen	165	204	171	187	12,6

Insgesamt dürften sich die Einnahmen im Jahr 2007 auf 55,3 Milliarden belaufen. Diskretionäre Auswirkungen auf die Finanzplanjahre 2005–2007 ergeben sich insbesondere aus der Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der IV und aus den Ausfällen bei der direkten Bundessteuer im Zusammenhang mit dem Steuerpaket 2001. Daneben sind im Anstieg der Fiskaleinnahmen auch eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer Ende 2004 und der Schwerverkehrsabgabe Anfang 2005 enthalten.

4.1 Fiskaleinnahmen

Mit einem Anteil von rund 93 Prozent wird die Entwicklung der Gesamteinnahmen vorwiegend durch die *Fiskaleinnahmen* geprägt. Diese nehmen gegenüber dem Voranschlag 2003 um durchschnittlich 2,1 Prozent pro Jahr zu. Im Vergleich zur Rechnung 2003 und unter Ausklammerung der Sonderfaktoren (z.B. Steuererhöhungen) beträgt der Anstieg allerdings 3,7 Prozent.

Die *Mehrwertsteuer* (MWSt) liefert mehr als einen Drittel der Gesamteinnahmen und stellt damit die Haupteinnahmequelle des Bundes dar. In der Entwicklung der Mehrwertsteuer widerspiegelt sich die ab 2005 eingestellte Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 0,8 Prozent zur Sanierung der IV. Die Mehreinnahmen werden im Einführungsjahr 2005 nur zu drei Vierteln anfallen, in den Jahren 2006 und 2007 werden sie sich auf 2,4 respektive 2,5 Milliarden belaufen. Bereinigt um diese Zusatzeinnahmen dürften die Einnahmen aus der MWSt ungefähr im Gleichschritt mit dem nominalen BIP zulegen.

Bei der *direkten Bundessteuer* (DBSt) wird sich die Verbesserung der konjunkturellen Lage erst ab 2006 und vor allem 2007 in den Steuereingängen niederschlagen. Zudem dürften sich in den kommenden Jahren bei den juristischen Personen die Verlustvorträge aus den Rezessionsjahren negativ bemerkbar machen. Andererseits wird der Ausgleich der kalten Progression angesichts der moderaten Teuerungsaussichten noch nicht in der Finanzplanperiode wirksam. Auch das Zustandekommen des Referendums zum Steuerpaket 2001 hat zur Folge, dass die daraus resultierenden Mindereinnahmen bei der DBSt eine zeitliche Verschiebung erfahren. Die entsprechenden Einnahmefälle bei der Familienbesteuerung werden aber im Jahr 2007 voll durchschlagen, unter der Annahme allerdings, dass das Volk dem Steuerpaket 2001 zustimmt. Bereinigt um diese Mindereinnahmen und ausgehend von der Rechnung 2003 würden die Einnahmen im Zeitraum von 2003–2007 um durchschnittlich 4,0 Prozent pro Jahr zunehmen.

In den vergangenen Jahren verzeichnete der *Verrechnungssteuerertrag* starke Schwankungen. Da es nicht möglich ist, punktuelle, von Natur aus unvorhersehbare Entwicklungen in den jährlichen Schätzungen zu berücksichtigen, stützen sich unsere Prognosen auf die in der Vergangenheit beobachtete Tendenz. Dementsprechend wurde im Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2007 ein Durchschnittsbetrag von 3 Milliarden eingesetzt. Etwaige Abweichungen vom tatsächlichen Ergebnis eines bestimmten Jahres werden in erster Linie auf Spezialfälle und andere Sonderfaktoren zurückzuführen sein. Auch der Ertrag der *Stempelabgaben* schwankte in den vergangenen Jahren sehr stark, was mit Gesetzesänderungen, Börsenturbulenzen und der Entwicklung bei den Emissionen von Aktien und Obligationen zusammenhängt. Der Finanzplan gründet auf der Annahme, dass sich die gegenwärtige Wiederbelebung der Börsentätigkeit fortsetzen und sie dank der erwarteten konjunkturellen Erholung von der Ausgabe neuer Wertpapiere begleitet sein wird. Der Gesamtertrag der Stempelabgaben dürften demgemäss stetig zunehmen und im Jahre 2007 möglicherweise 3,7 Milliarden erreichen.

Im Bereich der Verbrauchssteuern dürften die Einnahmen aus den *Mineralölsteuern* ab 2005 nicht mehr weiter zunehmen. Verschiedene Massnahmen zur Verringerung des verkehrsbedingten Schadstoffausstosses dürften zum allmählichen Übergang zu einer neuen Generation von Motoren führen und damit auch einen spürbaren Rückgang des Benzinverbrauchs bewirken. Auch der Erlös aus der *Tabaksteuer* dürfte im Jahr 2005 aufgrund einer weiteren Erhöhung des Steuersatzes wiederum Mehreinnahmen bringen. Wie bisher wird der Ertrag aus der Tabaksteuer zur Finanzierung der AHV eingesetzt.

Der Anteil der *Einfuhrzölle* an den Bundeseinnahmen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Erstens, weil zahlreiche weitere Zölle abgebaut wurden und zweitens, weil die Einfuhrzölle nicht an die Teuerung gekoppelt sind. Von 2004 bis 2007 werden sie infolge der in den Abkommen mit der EU veranker-

ten Senkung der Sätze erneut rückläufig sein. 2007 werden sie jedoch noch leicht über der Milliardengrenze liegen. Die *leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe* wird per 1. Januar 2005 erhöht, um die von den Lastwagen verursachten externen Kosten vermehrt zu berücksichtigen. Ungefähr zwei Drittel des Nettoertrags fließen in die Eisenbahnvorhaben und ein Drittel wird den Kantonen zugeführt.

4.2 Nichtfiskalische Einnahmen

Bei den *Regalien und Konzessionen* wurden die Einnahmen aus der *Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB)* im Finanzplan 2005–2007 mit 833 Millionen pro Jahr veranschlagt, wie es in der Vereinbarung aus dem Jahr 2002 zwischen dem Bund und der SNB steht. 2004 dürfte sich die Gewinnausschüttung auf 933 Millionen belaufen, bedingt durch die zusätzliche Zahlung von Erträgen aus den überschüssigen Goldreserven. Beim *Vermögensertrag* werden angesichts der Ungewissheit bezüglich der zukünftigen Verteilung der Erträge aus den ehemaligen Regiebetrieben für die Einnahmen aus den *Swisscom*-Dividendenausschüttungen im Finanzplan jährlich 450 Millionen statt wie im Voranschlag 2004 490 Millionen vorgesehen. Hinzu kommt ein eventueller Betrag der Post in Höhe von 150 Millionen im Jahre 2007.

5 Zusammenfassung

Die Ausgaben und Einnahmen im Legislaturfinanzplan beruhen auf den vom Parlament gefällten Sachentscheiden und Prioritäten und Annahmen zum Wirtschaftsszenario. Die Ergebnisse des Legislaturfinanzplans erfüllen die Vorgaben der *Schuldenbremse* nicht. Statt des geforderten Überschusses von 0,4 Milliarden resultiert im Jahre 2007 ein Defizit von knapp 1,8 Milliarden. Die Fortsetzung der bisherigen Politik ist nicht mehr finanziert und es besteht – gemessen an den Vorgaben der Schuldenbremse – ein Manko von 2,2 Milliarden. Angesichts der möglichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen bestätigt sich damit der bisher kommunizierte Sanierungsbedarf von 2,5 Milliarden.

Gemessen an den *finanzpolitischen Kennziffern und Indikatoren*, die sich sowohl in nationalen als auch internationalen Vergleichen eingebürgert haben, präsentiert sich der Bundeshaushalt wie folgt.

Finanzkennzahlen des Bundes

in % des BIP	2000	2001	2002	2003	VA* 2004	LFP 2005	LFP 2006	LFP 2007
Staatsquote	11,3	11,9	11,9	11,6	11,7	12,1	11,9	11,9
Steuerquote	11,2	10,2	10,1	10,1	10,2	10,7	10,7	10,8
Verschuldungsquote	26,0	25,3	28,6	28,8	29,9	29,8	29,4	28,0

bereinigt um MWSt-Finanzierungen der AHV und IV

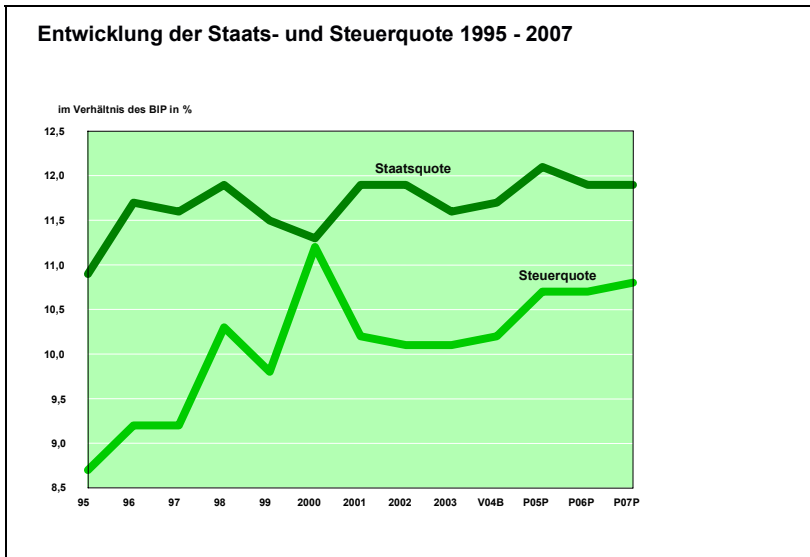
Staatsquote	10,9	11,4	11,4	11,2	11,3	11,3	11,0	11,0
Steuerquote	10,7	9,7	9,5	9,6	9,6	9,7	9,6	9,6

* ohne ausserordentliche Ausgaben, inkl. Kreditsperre

Nach einer vorübergehenden leichten Entspannung Ende der Neunzigerjahre ist die *Staatsquote* des Bundes seit dem Jahr 2000 wieder auf hohe Werte zwischen 11,6 und 11,9 Prozent angestiegen. Auch in den Finanzplanjahren wird diese Kennzahl trotz der erwarteten Konjunkturerholung und den verbesserten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt nahe bei der 12-Prozent-Marke liegen, sofern es nicht gelingt, Massnahmen zur Beseitigung des verbleibenden strukturellen Defizits zu ergreifen.

Bei der *Steuerquote* wird der Mehrjahresvergleich durch Sondersituationen geprägt. Im wachstumsstarken Jahr 2000 wurde mit 11,2 Prozent der bis anhin höchste Wert erreicht, was mit den ausserordentlich hohen Erträgen bei der Verrechnungssteuer und den Stempelabgaben im Lichte des Börsenbooms zusammenhängt. Seither verharrt die Steuerquote auf knapp über 10 Prozent. In den Jahren 2005 bis 2007 dürfte sie sich etwa einen halben Prozentpunkt über dem Niveau von 2004 einpendeln. Diese Zunahme ergibt sich zum grössten Teil aus dem IV-Mehrwertsteuerzuschlag von 0,8 Prozent.

Bei der Beurteilung der Staats- und Steuerquote ist allerdings dem Einfluss der bestehenden und geplanten *Mehrwertsteuerfinanzierungen der AHV und IV* Rechnung zu tragen, denn diese werden zu über 80 Prozent direkt an den Ausgleichsfonds weitergeleitet. Unter Ausklammerung dieser Zahlungsflüsse bildet sich die Staatsquote von 11,2 Prozent in der Rechnung 2003 auf 11,0 Prozent im Finanzplanjahr 2007 zurück. Die Steuerquote dürfte sich mit 9,6 Prozent auf dem Niveau der Rechnung 2003 stabilisieren. Damit werden die Vorgaben einer kürzerfristigen Stabilisierung und langfristigen Senkung der Staatsquote und Steuerquote aus dem Finanzleitbild knapp erfüllt.



Die Verschuldung des Bundes verzeichnete in den Neunzigerjahren eine besorgniserregende Entwicklung. Die Verschuldungsquote ist von 11,8 Prozent im Jahre 1990 auf 28,1 Prozent im Jahre 1998 angestiegen. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang befinden sich die Bundesschulden (im Verhältnis zum BIP) seit 2002 wieder auf diesem Niveau. Diese Entwicklung ist zu einem grossen Teil auf die Ausfinanzierung der Pensionskassen des Bundes und bundesnaher Unternehmen zurückzuführen. Damit wird das Ziel der langfristigen Senkung der Verschuldungsquote gemäss Finanzleitbild nicht erfüllt, und auch für den Zeitraum 2005 bis 2007 wird ohne Korrektur auf der Ausgabenseite trotz konjunktureller Erholung mit einer Stabilisierung auf aktuellem Niveau gerechnet.

Die Ergebnisse des Finanzplans sind unbefriedigend. Der Bundeshaushalt ist nicht nachhaltig gesichert und die Anforderungen der Schuldenbremse werden nicht erfüllt. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf nicht finanzierte Mehrausgaben zurückzuführen, der konjunkturelle Einbruch spielt eine sekundäre Rolle. Die Ernsthaftigkeit der haushaltspolitischen Lage wird auch durch die drohenden Mehrausgaben und Mindereinnahmen unterstrichen. Es bestehen auch Unsicherheiten in Bezug auf die Annahmen zum Wirtschaftswachstum, zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und zu den Zinssätzen. Sollten sich gewisse dieser kritischen Parameter in einer für den Bundeshaushalt ungünstigen Weise entwickeln, so würden sich die Haushaltsperspektiven zusätzlich spürbar verschlechtern. Mit dem EP 04 müssen daher so rasch wie möglich weitere Massnahmen eingeleitet werden, um den Bundeshaushalt von diesem strukturellen Ungleichgewicht zu befreien und die erkennbaren Trends zu brechen. Die nachhaltige Sanierung des Bundeshaushalts sowie die Realisierung eingeleiteter Reformen sind nämlich Voraussetzungen für das notwendige Wachstum, für die Sicherung der staatlichen Aufgabenerfüllung und für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz. Davon profitieren auch die Kantone, werden doch damit – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die staatspolitisch wichtige Erneuerung

des Föderalismus – die für sie notwendigen Spiel- und Entwicklungsräume geschaffen.

A 1 Legislaturfinanzplan 2005–2007 (tabellarisch)

Ausgaben nach Aufgabengebieten

Ausgaben und Einnahmen nach Departementen und Dienststellen

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004

**Ausgaben
nach Aufgabengebieten**
in Millionen Franken

	Voranschlag	Legislativfinanzplan		
	2004	2005	2006	2007
TOTAL AUSGABEN	51 410	54 442	55 557	57 078
Allgemeine Verwaltung / Nicht zuteilbare Ausgaben	1 983	2 021	2 004	2 042
Justiz, Polizei	757	729	723	763
Rechtsaufsicht	257	245	241	243
Polizei	288	281	277	289
Rechtssprechung	126	118	119	142
Straf- und Massnahmenvollzug	87	86	86	89
Beziehungen zum Ausland	2 488	2 515	2 546	2 679
Politische Beziehungen	846	854	849	869
Entwicklungshilfe	1 429	1 462	1 504	1 620
Übriges	213	200	192	190
Landesverteidigung	4 820	4 856	4 732	4 814
Militärische Landesverteidigung	4 703	4 743	4 622	4 702
Zivile Landesverteidigung	117	112	110	112
Bildung und Grundlagenforschung	3 953	4 057	4 204	4 324
Berufsbildung	516	530	542	580
Hochschulen	2 251	2 352	2 432	2 498
Grundlagenforschung	1 050	1 044	1 103	1 121
Übriges	134	131	127	125
Kultur und Freizeit	463	473	452	457
Kulturförderung	193	207	205	209
Sport	147	145	132	136
Übriges	123	121	114	112
Gesundheit	210	208	201	204
Soziale Wohlfahrt	13 943	14 368	14 874	15 286
Altersversicherung	5 165	5 285	5 558	5 773
Invalidenversicherung	4 324	4 577	4 798	4 939
Krankenversicherung	1 933	1 973	2 000	2 031
Arbeitslosenversicherung	334	344	352	363
Flüchtlingshilfe im Inland	1 013	1 010	982	991
Übriges	1 174	1 179	1 185	1 188
Verkehr	7 478	7 890	7 818	7 954
Strassen	2 921	2 972	2 963	2 993
Öffentlicher Verkehr	4 254	4 603	4 551	4 663
Übriger Verkehr	304	315	305	298
Umwelt und Raumordnung	757	700	697	666
Umweltschutz	411	409	429	395
Übriges	345	292	268	270
Landwirtschaft und Ernährung	3 919	3 868	3 872	3 921
Verbesserung der Produktionsgrundlagen	269	271	300	281
Produktion und Absatz	849	808	768	756
Direktzahlungen und soziale Massnahmen	2 593	2 582	2 599	2 678
Übriges	208	206	205	206
Übrige Volkswirtschaft	677	700	709	738
Forstwirtschaft	163	162	159	160
Industrie, Gewerbe, Handel	259	289	300	308
Energie	187	188	190	194
Übriges	68	61	60	76
Finanzen und Steuern	9 962	12 058	12 725	13 230
Anteile an Bundeseinnahmen	5 939	7 714	8 336	8 802
Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 023	4 345	4 389	4 428

Legislativfinanzplan 2003-2005
vom 25. Februar 2004

**Ausgaben
nach Aufgabengebieten**
in Millionen Franken

	Veränderungen				Ø-jähr. Wachstumsrate 2003/07 in/en %
	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	
TOTAL AUSGABEN	+308	+3 032	+1 115	+1 521	+2,8
Allgemeine Verwaltung / Nicht zuteilbare Ausgaben	-15	+38	-17	+38	+0,5
Justiz, Polizei	+30	-28	-6	+40	+1,2
Rechtsaufsicht	-7	-12	-4	+2	-2,0
Polizei	+23	-7	-4	+12	+2,2
Rechtsprechung	+6	-8	+1	+23	+4,3
Straf- und Massnahmenvollzug	+9	-1	-	+3	+3,2
Beziehungen zum Ausland	+70	+27	+31	+133	+2,6
Politische Beziehungen	+21	+8	-5	+20	+1,3
Entwicklungshilfe	+42	+33	+42	+116	+4,0
Übriges	+6	-13	-8	-2	-18,9
Landesverteidigung	+60	+36	-124	+82	+0,3
Militärische Landesverteidigung	+32	+40	-121	+80	+0,2
Zivile Landesverteidigung	+28	-5	-2	+3	+5,9
Bildung und Grundlagenforschung	+113	+104	+147	+120	+3,0
Berufsbildung	+12	+14	+12	+38	+3,6
Hochschulen	+39	+101	+80	+66	+3,1
Grundlagenforschung	+47	-6	+59	+18	+2,8
Übriges	+12	-3	-4	-2	+1,5
Kultur und Freizeit	-89	+10	-21	+5	-4,6
Kulturförderung	-62	+14	-2	+4	-4,9
Sport	-1	-2	-13	+4	-2,1
Übriges	-26	-2	-7	-2	-4,6
Gesundheit	-3	-2	-7	+3	-1,1
Soziale Wohlfahrt	+597	+425	+506	+412	+3,5
Altersversicherung	-45	+120	+273	+215	+2,6
Invalidentversicherung	+329	+253	+221	+141	+5,4
Krankenversicherung	+66	+40	+27	+31	+2,1
Arbeitslosenversicherung	+165	+10	+8	+11	+21,1
Flüchtlingshilfe im Inland	+22	-3	-28	+9	-
Übriges	+61	+5	+6	+3	+1,0
Verkehr	+41	+412	-72	+136	+1,7
Strassen	+21	+51	-9	+30	+0,8
Öffentlicher Verkehr	+28	+349	-52	+112	+2,5
Übriger Verkehr	-7	+11	-10	-7	-3,6
Umwelt und Raumordnung	+26	-57	-3	-31	-2,3
Umweltschutz	+44	-2	+20	-34	+1,9
Übriges	-19	-53	-24	+2	-27,0
Landwirtschaft und Ernährung	+16	-51	+4	+49	+0,1
Verbesserung der Produktionsgrundlagen	+14	+2	+29	-19	+2,5
Produktion und Absatz	-69	-41	-40	-12	-4,8
Direktzahlungen und soziale Massnahmen	+64	-11	+17	+79	+1,4
Übriges	+7	-2	-1	+1	+3,9
Übrige Volkswirtschaft	-63	+23	+9	+29	-0,1
Forstwirtschaft	-37	-1	-3	+1	-5,5
Industrie, Gewerbe, Handel	+1	+30	+11	+8	+4,5
Energie	-16	+1	+2	+4	-1,1
Übriges	-11	-7	-1	+16	-1,1
Finanzen und Steuern	-475	+2 096	+667	+505	+6,1
Anteile an Bundeseinnahmen	-594	+1 775	+622	+466	+7,7
Vermögens- und Schuldenverwaltung	+119	+322	+44	+39	+3,2

Legislaturfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Voranschlag	Legislaturfinanzplan		
	2004	2005	2006	2007
GESAMTAUSGABEN	51 410	54 442	55 557	57 078
GESAMTEINNAHMEN	47 944	51 562	53 126	55 316
Einnahmen-/Ausgabenüberschuss	-3 465	-2 880	-2 431	-1 762
1 Behörden und Gerichte				
Ausgaben	213	197	198	198
Einnahmen	13	14	14	15
101 Eidgenössische Räte				
Ausgaben	78	75	75	75
103 Bundesrat				
Ausgaben	7	6	6	6
104 Bundeskanzlei				
Ausgaben	48	39	40	40
Einnahmen	1	2	2	2
105 Bundesgericht				
Ausgaben	50	47	46	46
Einnahmen	10	10	10	11
106 Versicherungsgericht				
Ausgaben	18	16	16	16
Einnahmen	1	1	1	1
107 Bundesstrafgericht				
Ausgaben	12	15	15	15
2 Departement für auswärtige Angelegenheiten				
Ausgaben	1 938	1 947	1 994	2 090
Einnahmen	39	41	41	41
201 Departement für auswärtige Angelegenheiten				
Ausgaben	632	612	618	625
Einnahmen	39	41	41	41
202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit				
Ausgaben	1 284	1 315	1 356	1 445
285 Informatikdienstleistungszentrum EDA				
Ausgaben	22	20	19	20
3 Departement des Innern				
Ausgaben	16 450	16 945	17 611	18 093
Einnahmen	198	275	300	310
301 Generalsekretariat				
Ausgaben	20	19	16	17
Einnahmen	1	1	1	1
303 Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann				
Ausgaben	7	7	7	7
305 Bundesarchiv				
Ausgaben	11	10	10	10
306 Bundesamt für Kultur				
Ausgaben	226	219	213	216
Einnahmen	3	3	3	3
311 Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie				
Ausgaben	70	71	71	72
Einnahmen	30	32	33	33
316 Bundesamt für Gesundheit				
Ausgaben	146	139	137	137
Einnahmen	5	4	5	5
317 Bundesamt für Statistik				
Ausgaben	95	86	85	85
Einnahmen	1	1	1	1
318 Bundesamt für Sozialversicherung				
Ausgaben	12 082	12 534	13 092	13 485
Einnahmen	152	228	238	248

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Voranschlag	Legislativfinanzplan		
	2004	2005	2006	2007
321 Bundesamt für Militärversicherung				
Ausgaben	258	257	255	259
Einnahmen	5	5	18	18
326 Staatssekretariat und Büro für Weltraum- gelegenheiten				
Ausgaben	136	140	144	144
327 Bundesamt für Bildung und Wissenschaft				
Ausgaben	1 584	1 584	1 649	1 677
Einnahmen	1	1	1	1
328 Eidg. Technische Hochschulen und Forschungsanstalten				
Ausgaben	1 788	1 856	1 911	1 962
385 Informatikdienstleistungszentrum EDI				
Ausgaben	25	23	22	22
4 Justiz- und Polizeidepartement				
Ausgaben	1 493	1 451	1 418	1 438
Einnahmen	74	73	73	73
401 Generalsekretariat				
Ausgaben	28	24	23	24
Einnahmen	1	1	1	1
402 Bundesamt für Justiz				
Ausgaben	135	130	128	131
Einnahmen	11	11	11	11
403 Bundesamt für Polizei				
Ausgaben	175	162	161	166
404 Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung				
Ausgaben	41	40	36	39
Einnahmen	16	16	16	16
405 Bundesanwaltschaft				
Ausgaben	28	26	26	28
Einnahmen	–	–	1	1
413 Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung				
Ausgaben	7	7	7	7
414 Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung				
Ausgaben	32	33	33	34
Einnahmen	11	12	12	12
415 Bundesamt für Flüchtlinge				
Ausgaben	981	967	940	948
Einnahmen	28	26	25	25
416 Asyl-Rekurskommission				
Ausgaben	23	21	20	20
Einnahmen	1	1	1	1
417 Spielbankenkommission				
Ausgaben	7	6	6	6
Einnahmen	5	5	5	5
485 Informatikdienstleistungszentrum EJPD				
Ausgaben	37	35	37	37
Einnahmen	1	1	1	1
5 Departement für Verteidigung, Bevölkerungs- schutz und Sport				
Ausgaben	4 810	4 624	4 518	4 567
Einnahmen	118	88	86	86
500 Generalsekretariat				
Ausgaben	70	55	56	56
504 Bundesamt für Sport				
Ausgaben	132	132	119	121
Einnahmen	5	6	6	6

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Voranschlag	Legislativfinanzplan		
	2004	2005	2006	2007
506 Bundesamt für Bevölkerungsschutz				
Ausgaben	105	96	95	96
Einnahmen	2	2	2	2
507 Direktion für Sicherheitspolitik				
Ausgaben	41	39	38	39
525 Verteidigung				
Ausgaben	4 163	4 031	3 946	3 986
Einnahmen	93	63	62	62
540 armasuisse				
Ausgaben	140	124	122	123
Einnahmen	4	4	4	4
570 Bundesamt für Landestopographie				
Ausgaben	88	81	80	81
Einnahmen	14	13	13	13
585 Direktion Informatik VBS				
Ausgaben	72	64	62	63
6 Finanzdepartement				
Ausgaben	12 300	14 824	15 429	16 053
Einnahmen	47 052	50 625	52 141	54 276
600 Generalsekretariat				
Ausgaben	96	91	112	136
601 Finanzverwaltung				
Ausgaben	4 106	4 416	4 459	4 483
Einnahmen	2 034	2 030	2 114	2 308
602 Zentrale Ausgleichsstelle				
Ausgaben	85	81	79	80
Einnahmen	91	90	89	89
603 swissmint				
Ausgaben	15	14	14	14
Einnahmen	16	11	7	7
605 Steuerverwaltung				
Ausgaben	5 875	7 481	8 103	8 552
Einnahmen	35 136	38 095	39 576	41 509
606 Zollverwaltung				
Ausgaben	1 010	1 104	1 096	1 113
Einnahmen	9 623	10 245	10 204	10 210
609 Bundesamt für Informatik und Telekommunikation				
Ausgaben	220	210	204	206
611 Finanzkontrolle				
Ausgaben	17	16	15	16
Einnahmen	1	1	1	1
612 Bankenkommission				
Ausgaben	31	28	28	28
Einnahmen	33	35	35	36
614 Personalamt				
Ausgaben	244	785	724	821
620 Bundesamt für Bauten und Logistik				
Ausgaben	587	587	586	593
Einnahmen	96	96	95	95
622 Bundesamt für Privatversicherungen				
Ausgaben	13	11	11	11
Einnahmen	22	21	20	20

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Legislativfinanzplan			
	Voranschlag			
	2004	2005	2006	2007
7 Volkswirtschaftsdepartement				
Ausgaben	5 835	5 727	5 738	5 889
Einnahmen	166	214	237	281
701 Generalsekretariat				
Ausgaben	32	19	17	17
704 Staatssekretariat für Wirtschaft				
Ausgaben	871	815	824	875
Einnahmen	44	54	55	71
706 Bundesamt für Berufsbildung und Technologie				
Ausgaben	869	938	980	1 037
Einnahmen	1	1	1	1
708 Bundesamt für Landwirtschaft				
Ausgaben	3 580	3 526	3 527	3 579
Einnahmen	71	123	143	172
710 Landwirtschaftliche Forschungsanstalten				
Ausgaben	118	118	115	115
Einnahmen	8	8	8	8
719 Gestüt				
Ausgaben	8	8	7	7
Einnahmen	1	2	2	2
720 Bundesamt für Veterinärwesen				
Ausgaben	41	37	37	38
Einnahmen	8	8	8	8
721 Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe				
Ausgaben	8	8	9	8
724 Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung				
Ausgaben	7	6	5	5
725 Bundesamt für Wohnungswesen				
Ausgaben	260	212	174	163
Einnahmen	33	18	18	18
727 Wettbewerbskommission				
Ausgaben	7	6	6	6
730 Rekurskommission EVD				
Ausgaben	5	4	4	4
735 Vollzugsstelle für den Zivildienst				
Ausgaben	16	17	18	18
Einnahmen	1	2	2	2
785 Informatikdienstleistungszentrum EVD				
Ausgaben	14	14	14	14
8 Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation				
Ausgaben	8 371	8 728	8 651	8 751
Einnahmen	284	231	233	234
801 Generalsekretariat				
Ausgaben	145	146	142	139
Einnahmen	18	18	18	18
802 Bundesamt für Verkehr				
Ausgaben	4 270	4 613	4 552	4 663
Einnahmen	7	40	40	40
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt				
Ausgaben	71	75	70	68
Einnahmen	28	29	30	30
804 Bundesamt für Wasser und Geologie				
Ausgaben	96	95	94	95
Einnahmen	5	5	5	5
805 Bundesamt für Energie				
Ausgaben	92	87	89	90
Einnahmen	2	2	2	2

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Voranschlag	Legislativfinanzplan		
	2004	2005	2006	2007
806 Bundesamt für Strassen				
Ausgaben	2 929	2 976	2 974	2 997
Einnahmen	91	5	5	5
808 Bundesamt für Kommunikation				
Ausgaben	95	81	76	76
Einnahmen	73	73	74	74
810 Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft				
Ausgaben	628	612	610	578
Einnahmen	29	27	27	27
812 Bundesamt für Raumentwicklung				
Ausgaben	14	13	13	13
815 Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen				
Ausgaben	28	28	29	29
Einnahmen	31	31	32	32
820 Rekurskommission UVEK				
Ausgaben	3	2	2	2

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004

**Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen**

in Millionen Franken

	Veränderungen				Ø-jähr. Wachstumsrate
	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	
GESAMTAUSGABEN	307	3 033	1 114	1 522	2,8
GESAMTEINNAHMEN	-2 912	3 618	1 564	2 190	2,1
Einnahmen-/Ausgabenüberschuss	-3 219	585	450	669	-
1 Behörden und Gerichte					
Ausgaben	16	-16	-	1	0,1
Einnahmen	1	2	-	1	5,7
101 Eidgenössische Räte					
Ausgaben	5	-3	1	-1	0,4
103 Bundesrat					
Ausgaben	-1	-1	-	-	-9,0
104 Bundeskanzlei					
Ausgaben	5	-9	-	1	-2,1
Einnahmen	1	1	-	-	68,6
105 Bundesgericht					
Ausgaben	-4	-4	-1	-	-3,7
Einnahmen	-	-	-	1	1,1
106 Versicherungsgericht					
Ausgaben	-	-2	-	-	-2,8
Einnahmen	-	-	-	-	0,9
107 Bundesstrafgericht					
Ausgaben	12	3	-	-	-
2 Departement für auswärtige Angelegenheiten					
Ausgaben	65	9	47	96	2,8
Einnahmen	2	2	-	-	2,1
201 Departement für auswärtige Angelegenheiten					
Ausgaben	23	-21	6	7	0,6
Einnahmen	2	2	-	-	2,1
202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit					
Ausgaben	40	31	41	89	3,8
285 Informatikdienstleistungszentrum EDA					
Ausgaben	2	-2	-	-	0,2
3 Departement des Innern					
Ausgaben	486	495	666	482	3,2
Einnahmen	39	77	25	10	18,2
301 Generalsekretariat					
Ausgaben	1	-1	-3	1	-2,2
Einnahmen	1	-	-	-	34,5
303 Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann					
Ausgaben	-	-	-	-	0,5
305 Bundesarchiv					
Ausgaben	-2	-1	-	-	-5,7
306 Bundesamt für Kultur					
Ausgaben	6	-7	-6	3	-0,5
Einnahmen	-	-	-	-	0,8
311 Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie					
Ausgaben	1	1	1	1	1,2
Einnahmen	-2	1	1	-	0,8
316 Bundesamt für Gesundheit					
Ausgaben	-8	-7	-2	-	-3,0
Einnahmen	-	-	1	-	5,0
317 Bundesamt für Statistik					
Ausgaben	2	-9	-1	-	-2,2
Einnahmen	-	-	-	-	9,8
318 Bundesamt für Sozialversicherung					
Ausgaben	408	451	558	394	3,7
Einnahmen	49	76	10	10	24,4

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Veränderungen				Ø-jähr. Wachstumsrate 2003/07 in %
	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	
321 Bundesamt für Militärversicherung					
Ausgaben	5	-2	-2	4	0,5
Einnahmen	-1	-	13	-	33,6
326 Staatssekretariat und Büro für Weltraum- gelegenheiten					
Ausgaben	6	4	4	-	2,6
327 Bundesamt für Bildung und Wissenschaft					
Ausgaben	44	-	65	28	2,1
Einnahmen	-	-	-	-	1,6
328 Eidg. Technische Hochschulen und Forschungsanstalten					
Ausgaben	32	68	54	51	2,8
385 Informatikdienstleistungszentrum EDI					
Ausgaben	-	-3	-1	-	-3,3
4 Justiz- und Polizeidepartement					
Ausgaben	41	-43	-32	20	-0,2
Einnahmen	-12	-2	1	-	-4,2
401 Generalsekretariat					
Ausgaben	2	-5	-	-	-2,6
Einnahmen	-	-	-	-	5,6
402 Bundesamt für Justiz					
Ausgaben	8	-5	-2	2	0,8
Einnahmen	1	-	-	-	3,3
403 Bundesamt für Polizei					
Ausgaben	9	-12	-2	5	-
404 Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung					
Ausgaben	3	-1	-4	3	0,7
Einnahmen	6	-	-	-	12,5
405 Bundesanwaltschaft					
Ausgaben	6	-2	-	2	6,4
Einnahmen	-	-	1	-	165,6
413 Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung					
Ausgaben	-	-1	-	-	-1,0
414 Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung					
Ausgaben	1	-	-	1	1,5
Einnahmen	1	-	1	-	3,8
415 Bundesamt für Flüchtlinge					
Ausgaben	24	-14	-27	8	-0,2
Einnahmen	-5	-2	-1	-	-6,7
416 Asyl-Rekurskommission					
Ausgaben	2	-2	-	-	-0,6
Einnahmen	-	-	-	-	2,2
417 Spielbankenkommission					
Ausgaben	1	-1	-	-	-1,3
Einnahmen	1	-	-	-	6,1
485 Informatikdienstleistungszentrum EJPD					
Ausgaben	-4	-1	2	-1	-2,3
Einnahmen	-	-	-	-	0,1
5 Departement für Verteidigung, Bevölkerungs- schutz und Sport					
Ausgaben	28	-187	-105	49	-1,1
Einnahmen	41	-31	-2	-	2,6
500 Generalsekretariat					
Ausgaben	-11	-15	-	1	-8,5
504 Bundesamt für Sport					
Ausgaben	-1	-	-13	2	-2,3
Einnahmen	-	-	-	-	3,6

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Veränderungen				Ø-jähr. Wachstumsrate 2003/07 in %
	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	
506 Bundesamt für Bevölkerungsschutz					
Ausgaben	33	-9	-1	2	7,3
Einnahmen	2	-	-	-	42,3
507 Direktion für Sicherheitspolitik					
Ausgaben	-10	-2	-1	1	-6,7
525 Verteidigung					
Ausgaben	57	-131	-85	40	-0,7
Einnahmen	43	-30	-2	0	5,2
540 armasuisse					
Ausgaben	-17	-15	-3	2	-5,8
Einnahmen	-3	-	-	-	-15,3
570 Bundesamt für Landestopographie					
Ausgaben	-14	-7	-1	1	-5,5
Einnahmen	-	-1	-	-	-1,1
585 Direktion Informatik VBS					
Ausgaben	1	-8	-2	1	-2,8
6 Finanzdepartement					
Ausgaben	-476	2 524	606	623	5,9
Einnahmen	-3 052	3 573	1 516	2 135	2,0
600 Generalsekretariat					
Ausgaben	38	-5	21	24	23,9
601 Finanzverwaltung					
Ausgaben	104	310	42	25	2,9
Einnahmen	-136	-4	84	195	1,6
602 Zentrale Ausgleichsstelle					
Ausgaben	8	-3	-2	1	1,0
Einnahmen	3	-	-2	1	0,5
603 swissmint					
Ausgaben	3	-	-	-	4,7
Einnahmen	-2	-4	-4	-	-19,9
605 Steuerverwaltung					
Ausgaben	-586	1 606	622	449	7,3
Einnahmen	-2 993	2 959	1 480	1 933	2,1
606 Zollverwaltung					
Ausgaben	-38	93	-8	17	1,5
Einnahmen	29	622	-42	6	1,6
609 Bundesamt für Informatik und Telekommunikation					
Ausgaben	-30	-10	-6	2	-4,7
611 Finanzkontrolle					
Ausgaben	-	-2	-	-	-2,7
Einnahmen	-	-	-	-	20,3
612 Bankenkommission					
Ausgaben	4	-4	-	-	0,6
Einnahmen	7	1	1	1	7,9
614 Personalamt					
Ausgaben	18	541	-61	97	38,1
620 Bundesamt für Bauten und Logistik					
Ausgaben	-5	-	-1	7	-
Einnahmen	27	-	-1	-	8,2
622 Bundesamt für Privatversicherungen					
Ausgaben	13	-2	-	-	-
Einnahmen	22	-1	-1	-	-

Legislaturfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Veränderungen				0-jähr. Wachstumsrate 2003/07 in %
	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	
7 Volkswirtschaftsdepartement					
Ausgaben	144	-108	11	151	0,9
Einnahmen	70	48	22	44	30,6
701 Generalsekretariat					
Ausgaben	-71	-13	-2	-	-35,9
704 Staatssekretariat für Wirtschaft					
Ausgaben	156	-55	8	51	5,2
Einnahmen	10	10	2	15	20,5
706 Bundesamt für Berufsbildung und Technologie					
Ausgaben	46	69	42	57	5,9
Einnahmen	-	-	-	-	1,9
708 Bundesamt für Landwirtschaft					
Ausgaben	12	-55	2	52	0,1
Einnahmen	43	52	20	29	58,5
710 Landwirtschaftliche Forschungsanstalten					
Ausgaben	1	-1	-3	-	-0,4
Einnahmen	-	-	-	-1	-1,1
719 Gestüt					
Ausgaben	-	-	-	-	-0,2
Einnahmen	-	-	-	-	1,4
720 Bundesamt für Veterinärwesen					
Ausgaben	2	-4	-	1	-0,8
Einnahmen	-1	-	-	-	-1,9
721 Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe					
Ausgaben	-	-	1	-1	1,9
724 Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung					
Ausgaben	-	-1	-1	-	-6,6
725 Bundesamt für Wohnungswesen					
Ausgaben	-8	-48	-38	-11	-11,7
Einnahmen	17	-15	-	-	2,9
727 Wettbewerbskommission					
Ausgaben	1	-1	-	-	-1,0
730 Rekurskommission EVD					
Ausgaben	-	-1	-	-	-3,3
735 Vollzugsstelle für den Zivildienst					
Ausgaben	3	1	1	-	8,6
Einnahmen	-	1	-	-	25,8
785 Informatikdienstleistungszentrum EVD					
Ausgaben	2	-	-	-	3,5
8 Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation					
Ausgaben	4	358	-78	101	1,1
Einnahmen	2	-52	2	-	-4,6
801 Generalsekretariat					
Ausgaben	-13	1	-4	-3	-3,1
Einnahmen	1	-	-	-	1,4
802 Bundesamt für Verkehr					
Ausgaben	23	343	-61	111	2,4
Einnahmen	1	33	-	-	64,1
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt					
Ausgaben	-4	3	-5	-2	-2,6
Einnahmen	-	1	-	-	1,0
804 Bundesamt für Wasser und Geologie					
Ausgaben	-1	-1	-1	1	-0,3
Einnahmen	1	-	-	-	2,7
805 Bundesamt für Energie					
Ausgaben	-41	-5	1	1	-9,4
Einnahmen	-30	-	-	-	-49,3

Legislativfinanzplan 2005-2007
vom 25. Februar 2004
Ausgaben und Einnahmen
nach Departementen und Dienststellen
in Millionen Franken

	Veränderungen				Ø-jährl. Wachstumsrate
	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	
806 Bundesamt für Strassen					
Ausgaben	9	47	-2	23	0,7
Einnahmen	8	-86	-	-	-50,4
808 Bundesamt für Kommunikation					
Ausgaben	-10	-13	-5	-	-7,7
Einnahmen	-3	-	1	-	-0,7
810 Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft					
Ausgaben	24	-16	-2	-32	-1,1
Einnahmen	-6	-2	-	-	-6,1
812 Bundesamt für Raumentwicklung					
Ausgaben	-	-1	-	-	-2,4
815 Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen					
Ausgaben	28	1	1	-	-
Einnahmen	31	1	1	-	-
820 Rekurskommission UVEK					
Ausgaben	-	-	-	-	-3,3

A 2 Vergleich des Legislaturfinanzplans mit dem alten Finanzplan

Der Vergleich bezieht sich auf die Jahre 2005 und 2006, nämlich auf das zweite und dritte Jahr des alten Finanzplans vom 30. September 2002, welche mit dem ersten und zweiten Jahr des neuen Legislaturfinanzplans übereinstimmen.

Im Legislaturfinanzplan liegen sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen deutlich unter den im alten Finanzplan eingestellten Werten. Bei den Ausgaben beträgt die Abweichung –3,9 Milliarden im Jahre 2005 und –5,4 Milliarden im Jahre 2006. Mit einer Ausnahme (Kultur und Freizeit 2005) werden im Legislaturfinanzplan *bei allen Aufgabengebieten weniger Mittel* eingestellt als im alten Finanzplan. Diese Entwicklung wird im Folgenden – gegliedert nach Aufgabengebieten – kurz beschrieben.

Justiz und Polizei (–99/–105 Millionen): Die Minderausgaben ergeben sich vor allem in den Aufgabengebieten Polizei und Rechtssprechung. Dabei fallen insbesondere die im Zusammenhang mit dem EP 03 vorgenommenen Einsparungen bei der Effizienzvorlage (EffVor) ins Gewicht (–13 Mio/–28 Mio). Auch die Realisierung des Neubaus in Zollikofen für die Unterbringung der Strafverfolgungsbehörden des Bundes im Rahmen der Effizienzvorlage muss um einige Jahre verschoben werden. Zurückgestellt wurden ebenso die Bauten für die neuen Bundesgerichte in St. Gallen und Bellinzona, für welche Mietlösungen gesucht wurden. In St. Gallen wird eine langfristige und in Bellinzona eine kurzfristige Mietlösung angestrebt. Aus diesen Verschiebungen resultieren bei den zivilen Bauten Minderausgaben von 62 Millionen bzw. 30 Millionen.

Beziehungen zum Ausland (–174/–248 Millionen): Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland sind in erster Linie wegen den im Rahmen des EP 03 beschlossenen Massnahmen rückläufig. Betroffen sind die öffentliche Entwicklungshilfe (–125/–165 Mio), die Osthilfe (–10/–15 Mio) sowie weitere Bereiche wie Präsenz Schweiz, die FIPOI, der Schweizerische Kurzwelldienst oder die zivile Friedensförderung und die Chemiewaffenabrüstung (insgesamt –16/ bzw. –28 Mio).

Landesverteidigung (–130/–354 Millionen): Der Ausgabenrückgang hängt vor allem mit den im Rahmen des EP 03 beschlossenen Einsparungen zusammen. Der militärische Verteidigungsbereich (VBS) trägt dabei die Hauptlast dieser Kürzungen, in den übrigen Bereichen der Landesverteidigung sind der Bevölkerungsschutz, die Sicherheitspolitik und die Armasuisse betroffen. Daneben ergeben sich weitere Kürzungen im Informatikbereich, beim Personal und bei der Swisscoy, deren Einsatz vom Parlament nur bis Ende 2005 bewilligt ist.

Bildung und Grundlagenforschung (–218/–304 Millionen): Die Differenzen im Bereich der Bildung und Grundlagenforschung sind zur Hauptsache auf die im Rahmen des EP 03 beschlossenen Kürzungen der Ausgaben (BFT-Wachstumsrate, PPP Schulen ans Netz) zurückzuführen. Zusätzlich wurde der Finanzierungsbeitrag des Bundes an den ETH-Bereich um knapp 50 Millionen jährlich gekürzt, da die Renten der altrechtlichen Professorinnen und Professoren neu durch Publica finanziert werden. Ferner wurde bei der definitiven Aufteilung des BFT-Wachstums auf die einzelnen Förderbereiche die angewandte Forschung gestärkt, welche nicht dem Aufgabengebiet Bildung und Grundlagenforschung zugerechnet wird.

Soziale Wohlfahrt (-429/-601 Millionen): Die Minderausgaben gegenüber dem alten Finanzplan ergeben sich aus Finanzplanunterschreitungen bei der AHV von rund 270 bis 450 Millionen, bei der Krankenversicherung von etwa 220 bis 300 Millionen, beim sozialen Wohnungsbau von rund 90 bis 140 Millionen und schliesslich beim Asylwesen von etwa 50 bis 80 Millionen. Der Rückgang bei der AHV ist insbesondere auf die tieferen Rentenanpassungen in den Jahren 2003 und 2006 aufgrund revidierter Teuerungs- und Lohnwachstumsannahmen zurückzuführen. Zudem wirkt sich das EP 03 aus (Streichung Sonderbeitrag des Bundes für Rentenvorbezug von 170 Mio p.a.). Bei den *Prämienvorbildungen KVG* konnte infolge des Scheiterns der 2. KVG-Revision in den eidg. Räten die mit dem Sozialziel verbundene Mehrbelastung des Bundeshaushalts aus dem Zahlenwerk eliminiert werden. Die Finanzplanunterschreitungen im *sozialen Wohnungsbau* und bei der *Flüchtlingshilfe im Inland* sind vor allem auf das EP 03 zurückzuführen. Die erwähnten Minderausgaben werden teilweise durch Finanzplanüberschreitungen in anderen Sozialbereichen kompensiert. Dies betrifft insbesondere die *Invalidenversicherung*, bei welcher die Ausgaben infolge stark steigender Invalidisierungen um rund 150 bis 240 Millionen angehoben werden mussten. Zudem werden die Ausgaben für die *Ergänzungsleistungen* zur AHV und vor allem zur IV sowie für die *Arbeitslosenversicherung* um zusammen rund 50 bis 140 Millionen höher ausfallen als ursprünglich angenommen.

Verkehr (-376/-606 Millionen): Die Änderungen sind fast ausschliesslich auf die Massnahmen aus dem EP 03 zurückzuführen. Am stärksten betroffen sind der Nationalstrassenbau, die Einlagen in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte und die Leistungsvereinbarung mit den SBB. Daneben reduzieren sich angesichts der tieferen Einnahmenprognosen auch die Einlagen des Bundes in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte aus zweckgebundenen Einnahmen.

Landwirtschaft (-95/-137 Millionen): Die Reduktion ist zur Hauptsache auf die im Rahmen des EP 03 vollzogenen Kürzungen in den Bereichen Verwaltung, Forschung und Beratung, Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen, Förderung von Produktion und Absatz sowie Direktzahlungen zurückzuführen.

Finanzen (-2 102/-2 702 Millionen): Der Rückgang der Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen (-2 439/-2 894 Mio) ist zur Hauptsache auf die nach unten korrigierten Einnahmenprognosen und die tiefer als vorgesehen ausgefallene Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der IV (0,8% an Stelle von 1,0%) zurückzuführen. Die Zunahme der Passivzinsen (+320/+193 Mio) erklärt sich insbesondere mit den Zinssatzswaps, die aufgrund der jüngsten Marktentwicklung angepasst wurden (2005: + 100 Mio) und mit dem anfänglich nicht budgetierten Zusatzbedarf für die Ausfinanzierung des Fehlbetrags in der Pensionskasse des Bundes (+298/+239 Mio); der Mehraufwand in diesem Bereich ist darauf zurückzuführen, dass die Ausfinanzierung des Fehlbetrags nicht wie ursprünglich vorgesehen über mehrere Jahre hinweg erfolgen konnte.

Übrige Aufgabengebiete (-269/-366 Millionen): Die Umwelt und Raumordnung sowie die Energie tragen massgeblich zur Veränderung gegenüber dem alten Finanzplan bei. Bei der Umwelt und Raumordnung ergaben sich Anpassungen im Rahmen der Massnahmen des EP 03 und aufgrund einer Schätzkorrektur bei der Rückerstattung der VOC-Lenkungsabgabe. Bei der Energie führt der Wegfall der geplanten Darlehen an Wasserkraftwerke für nicht amortisierbare Investitionen zu Minderausgaben von 100 Millionen pro Jahr.

Die *einnahmenseitigen Erwartungen* für die Jahre 2005 und 2006 liegen um über 10 Prozent unter denjenigen des Finanzplans vom 30. September 2002. Die schleppende Konjunkturentwicklung, der starke Rückgang der Börsen bis in den Frühling 2003 und der strukturelle Einnahmeneinbruch stellen die Hauptursachen für diese umfangreichen Revisionen der Einnahmenschätzungen dar. Während man im Finanzplan 2004–2006 noch ein reales Wirtschaftswachstum von 2 Prozent für 2003 und von 1,8 Prozent für 2004 erwartete, wird im Zahlenwerk zum Legislaturf Finanzplan für das Budgetjahr 2004 mit einem verhaltenen Wachstum von einem Prozent gerechnet. Darüber hinaus gibt es Hinweise, dass auch bei einem Anziehen der Konjunktur die Einnahmen unter dem hohen Niveau gegen Ende der Neunzigerjahre bleiben werden. Bei der direkten Bundessteuer werden sich Verlustvorträge in den kommenden Jahren negativ bemerkbar machen, bei der Verrechnungssteuer sind die vermehrten Doppelbesteuerungsabkommen zu nennen und bei den Stempelabgaben ist die Steuerbasis aus Wettbewerbsgründen schmaler geworden.

Die Einnahmen wurden insgesamt um 6,2 Milliarden für 2005 und 6,9 Milliarden für 2006 zurückgenommen. Von den Prognoserevisionen am stärksten betroffen sind die konjunktur reagiblen und finanzmarkt abhängigen *Fiskaleinnahmen*. Die *Verrechnungssteuer* liegt fast einen Drittel unter den Schätzungen des alten Finanzplans (–1 194/–1 394 Mio), die *direkte Bundessteuer* rund einen Fünftel (–2 917/–3 174 Mio) und die *Stempelabgaben* rund einen Achtel (–500/–500 Mio). Grössere Anpassungen mussten auch bei der *Mehrwertsteuer* vorgenommen werden (–1 770/–2 030 Mio). Neben der Korrektur der MWSt–Ertragsschätzung ist diese Entwicklung auch darauf zurückzuführen, dass im alten Finanzplan noch ein höherer Mehrwertsteuerzuschlag für die IV vorgesehen war. Die *Tabaksteuer* bildet eine der wenigen Ausnahmen, wo die alten Finanzplanzahlen übertroffen werden. Die vorgesehene Steuererhöhung führt hier in beiden Jahren zu einem Zuwachs von 164 Millionen oder 9,1 Prozent.

Die *nichtfiskalischen Einnahmen* weichen vergleichsweise wenig vom alten Finanzplan ab (+110/+105 Millionen).

**Vergleich Finanzplan 2004–2006 vom 30. September 2002
und Legislaturfinanzplan 2005–2007 vom 25. Februar 2004**

(Zahlen in Millionen Franken.)	Jahr 2005			Jahr 2006		
	FP	LFP	Differenz	FP	LFP	Differenz
	2004–2006 v. 30.09.02	2005–2007 v. 25.02.04		2004–2006 v. 30.09.02	2005–2007 v. 25.02.04	
Gesamtausgaben	58 334	54 442	–3 892	60 981	55 557	–5 424
– Justiz, Polizei	828	729	–99	827	723	–105
– Beziehungen zum Ausland	2 689	2 515	–174	2 794	2 546	–248
– Landesverteidigung	4 985	4 856	–130	5 086	4 732	–354
– Bildung und Grundlagenforschung	4 275	4 057	–218	4 508	4 204	–304
– Soziale Wohlfahrt	14 797	14 368	–429	15 476	14 874	–601
– Verkehr	8 266	7 890	–376	8 424	7 818	–606
– Landwirtschaft und Ernährung	3 963	3 868	–95	4 009	3 872	–137
– Finanzen und Steuern	14 160	12 058	–2 102	15 427	12 725	–2 702
– Übrige Aufgabengebiete	4 371	4 101	–269	4 429	4 063	–366
Gesamteinnahmen	57 715	51 562	–6 153	60 017	53 126	–6 891
<i>Fiskaleinnahmen</i>	54 455	48 191	–6 264	56 639	49 643	–6 996
– Direkte Bundessteuer	14 750	11 833	–2 917	15 050	11 876	–3 174
– Verrechnungssteuer	4 200	3 000	–1 200	4 400	3 000	–1 400
– Stempelabgaben	3 800	3 300	–500	4 000	3 500	–500
– Mehrwertsteuer	21 600	19 830	–1 770	23 100	21 070	–2 030
– Mineralölsteuer	4 990	4 955	–35	4 940	4 905	–35
– Tabaksteuer	1 800	1 964	164	1 800	1 964	164
– Zölle	1 045	1 065	20	1 030	1 055	25
– Übrige Fiskaleinnahmen	2 270	2 244	–26	2 319	2 273	–46
<i>Übrige Einnahmen</i>	3 261	3 371	110	3 378	3 483	105
– Regalien und Konzessionen	1 162	1 195	33	1 214	1 245	31
– Vermögenserträge	969	969	0	1 025	1 054	28
– Entgelte	994	1 002	8	1 007	1 013	6
– Investitionseinnahmen	136	204	68	132	171	39

A 3 Fonds für Eisenbahngrossprojekte

Über den ausserhalb der Finanzrechnung geführten Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV-Fonds) werden die Gesamtvorhaben AlpTransit (NEAT), Bahn 2000, Anschluss ans europäische Hochleistungsnetz und die Verbesserung des Lärmschutzes entlang der Eisenbahnstrecken finanziert. Gespeist wird der Fonds zur Hauptsache über zweckgebundene Einnahmen, nämlich der Mehrwertsteuer, der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie aus Mineralölsteuermitteln. Daneben fliessen auch voll verzinsliche Darlehen in den Fonds. Ein allfälliger Verlust wird durch den Bund bevorschusst. Die Fondsrechnung wird im Wesentlichen über die zweckgebundenen Einnahmen und die Entnahmen für die Projekte gesteuert. Alle übrigen Positionen ergeben sich aus dem fest vorgegebenen Fondsmechanismus, welcher im Reglement des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte vom 9. Oktober 1998 (SR 742.140) definiert ist.

Die *Fondsentnahmen* für die einzelnen Projekte betragen für das Jahr 2005 rund zwei Milliarden, für die Jahre 2006 und 2007 je rund 1,8 Milliarden. Die NEAT beansprucht hiervon den Hauptanteil. Der Rest verteilt sich auf die Bahn 2000 sowie den Lärmschutz entlang der Eisenbahnstrecken. Zunehmend mehr Mittel sind auch für den Anschluss ans europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz eingeplant. Für die **Zinsen** sind zwischen 200 (2005) bis 270 Millionen (2007) aufzuwenden.

Konkret sollen mit den eingeplanten Mitteln folgende Vorhaben in Angriff genommen, weitergeführt beziehungsweise abgeschlossen werden:

AlpTransit

Projektaufsicht:	Die vorgesehenen Mittel werden für die externe Unterstützung des Bundes in den Bereichen Projektbegutachtung, Controlling und Reporting sowie Kommunikation eingesetzt.
Lötschberg:	Im Jahr 2004 werden die Vortriebsarbeiten abgeschlossen. Die Rohbauarbeiten am Basistunnel und bei den Anschlüssen Nord sowie Süd werden bis 2005 weitergeführt. Anschliessend folgt die Installation der bahntechnischen Ausrüstung. Auf Ende 2007 ist die Inbetriebnahme vorgesehen.
Gotthard:	Am Gotthard-Basistunnel werden in dieser Legislatur ausgehend von den Angriffsstellen Amsteg, Sedrun, Faïdo und Bodio die Vortriebsarbeiten weitergeführt resp. bei der Angriffsstelle Erstfeld neu aufgenommen. Im Norden und Süden erfolgen die Bauarbeiten für die Anschlüsse. Im Jahr 2006 wird am Ceneri-Basistunnel mit dem Bau begonnen.
Ausbau Surselva:	In dieser Legislatur werden die Ersteller die Plandokumentation und interne Abrechnungen erstellen. Anschliessend wird der Schlussbericht und die Abrechnung gegenüber dem Bund erarbeitet.
Anschluss Ostschweiz:	Die Projektierung des Zimmerberg-Basistunnels wird gegen Ende der Legislatur wieder aufgenommen, so dass ein Baubeginn frühestens ab 2008 ermöglicht wird.

St. Gallen –
Arth-Goldau: Bis Ende 2004 beziehungsweise Ende 2006 werden die Ausführungsarbeiten für die Module der 1. Phase abgeschlossen. Ab Mitte 2004 wird die Planung der Module der 2. Phase (verlängerte Einfahrten Wattwil Süd, Rapperswil, Pfäffikon Süd, Hurden sowie Doppelspur Uznach–Schmerikon und Sattel) aufgenommen.

Streckenausbauten
übriges Netz: Das Streckennetz der BLS südlich von Thun beziehungsweise jenes der SBB zwischen Bern und Thun, St. German und Brig sowie der Bahnhof Visp werden bis Ende der Legislatur ausgebaut.

Bahn 2000

1. Etappe: Bis Ende 2004 erfolgen der bauliche Abschluss der Kernprojekte und die Vorbereitungsarbeiten für die Inbetriebnahme des neuen Fahrplans (12. Dezember 2004). Verschiedene Fertigstellungsarbeiten sind ab 2005 auszuführen. Bis 2007 sollen die baulichen Massnahmen zur Fahrzeitverkürzung auf der Jurasüdfusslinie zwischen Olten und Biel realisiert werden.

2. Etappe: Die Konzeptarbeit wird abgeschlossen, so dass dem Parlament die Botschaft unterbreitet werden kann.

**Anschluss ans
europäische
Hochleistungs-
netz:** Die Botschaft über den Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz wird anfangs dieser Legislatur dem Parlament unterbreitet. Ab 2005 werden die Bauarbeiten für Projekte in Frankreich, ab 2007 auch diejenigen in der Schweiz ausgeführt.

Lärmsanierung: In dieser Legislatur erfolgt der Abschluss der Sanierung der Reisezugwagen. Ab Mitte 2004 beginnt die lärmtechnische Sanierung des schweizerischen Güterwagenparks. Die Planung der baulichen Massnahmen gemäss der in der Botschaft zur Lärmsanierung festgelegten Prioritätenliste und die Realisierung der genehmigten Projekte werden weitergeführt.

All diese Angaben über die geplanten Fondsentnahmen respektive die Projekte stehen unter dem Vorbehalt des Ergebnisses des Richtliniengeschäfts «Überprüfung der Verkehrsfinanzierung».

Die *zweckgebundenen Einnahmen* des Fonds betragen in dieser Legislatur jährlich rund 1,2 Milliarden. Rund die Hälfte steuert die LSVA bei. Daneben setzen sich die Einnahmen aus einem Mehrwertsteuerzuschlag von 0,1 Prozentpunkten sowie Mineralölsteuermitteln im Umfang von 25 Prozent der Gesamtausgaben für die beiden NEAT-Basislinien am Lötschberg und Gotthard zusammen.

Nach Berücksichtigung der Zinszahlungen (Darlehens-, Kontokorrent- und Bevorschussungszinsen), den Wertberichtigungen und Aktivierungen verbleibt dem Fonds ein *Defizit* von rund 400 Millionen pro Jahr. Diese Fehlbeträge werden durch die Bundestresorerie bevorschusst. Die kumulierte *Bevorschussung* steigt bis Ende 2007 auf 4,6 Milliarden. Sie liegt damit rund 100 Millionen unterhalb der vom Parlament festgesetzten indexierten Bevorschussungslimite.

**Fonds für Eisenbahngrossprojekte
Erfolgsrechnung**

	Voranschlag		Legislaturfinanzplan	
	2004	2005	2006	2007
in Millionen Franken				
Aufwand				
Entnahmen	2 302	1 986	1 775	1 768
AlpTransit				
– Projektauficht	4	4	4	3
– Lötschberg	754	692	333	193
– Gotthard	834	704	967	1 125
– Ausbau Surselva	1	–	–	–
– Anschluss Ostschweiz	3	3	3	3
– St.Gallen–Arth-Goldau	18	3	1	1
– Streckenausbauten übriges Netz	95	106	73	23
Bahn 2000				
– 1. Etappe	400	200	100	70
– 2. Etappe	4	4	4	10
Anschluss ans europäische Netz	9	50	80	120
Lärmschutz	180	220	210	220
Darlehenszinsen	62	79	95	109
Kontokorrentzinsen	8	8	7	7
Bevorschussungszinsen	75	115	137	150
Wertberichtigung variabel verzinslich bedingt rückzahlbare Darlehen	1 187	996	887	890
Total Aufwand	3 634	3 184	2 901	2 924
Ertrag				
Fondseinlagen	1 088	1 253	1 218	1 257
– Anteil Mehrwertsteuer	280	290	300	310
– Anteil Schwerverkehrsabgabe	345	573	557	591
– Anteil Kontingentseinnahmen	31	–	–	–
– Anteil Mineralölsteuer	432	390	361	356
Aktivierung voll verzinsliche Darlehen	539	462	416	415
Aktivierung variabel verzinsliche bedingt rückzahlbare Darlehen	1 187	996	887	890
Aktivierung der Bevorschussung	820	473	380	362
Total Ertrag	3 634	3 184	2 901	2 924
Stand der Bevorschussung Ende Jahr	3 381	3 854	4 234	4 596
Indexierte Bevorschussungslimite (1995 = 4,2 Milliarden)	4 502	4 547	4 615	4 684